

**Beilagen zum Bericht der
Finanzkommission zur
Staatsrechnung für das Jahr 2011:**

**Controllingberichte der
thematischen Kommissionen
zu den politischen
Leistungsaufträgen 2011**



Grand Conseil
Commission des finances

Grosser Rat
Finanzkommission

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2011

Kantonale Finanzverwaltung Kantonale Steuerverwaltung

Die Finanzkommission ist am 17. April 2012, von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr im Konferenzraum des Finanzinspektorats zusammengetreten.

FIKO:

Georges Emery, Präsident
Jérôme Favez
Alexandre Caillet
Gilbert Loretan
Marianne Maret
Frédéric Mivelaz
Christophe Perruchoud
Freddy Philippoz
Daniel Porcellana
Manfred Schmid
Alex Schwestermann
Markus Truffer
Marylène Volpi Fournier

Sekretariat: Michel Roten, Finanzinspektorat

DFIG:

Maurice Tornay, Vorsteher des DFIG
Philomène Meilland, Controllingverantwortliche des DFIG
Pierre-André Charbonnet, Chef der kantonalen Finanzverwaltung (10.00 Uhr bis 11.00 Uhr)
Damian Locher, Chef der Hauptbuchhaltung (10.00 Uhr bis 11.00 Uhr)
Beda Albrecht, Chef der Steuerverwaltung (11.00 Uhr bis 12.00 Uhr)

Pascal Bridy, Mitglied der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates

Kantonale Finanzverwaltung

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
1. Politische Ziele und Teilziele		Keine Bemerkungen
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	<i>Teilweise, infolge des grossen Engagements (Priorität) der KfV im Rahmen der Inkraftsetzung der NFA II-VS ab 2012.</i>
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Nein	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?		
Ergänzende Bemerkungen: -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	<i>Zuweisung von 30 Millionen Franken an den Spezialfinanzierungsfonds der Vorsorgekassen Zuweisung von 20 Millionen Franken an den Spezialfinanzierungsfonds für die Infrastrukturgrossprojekte des 21. Jahrhunderts</i>
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
5. Personal		
<i>Personalaufwand tiefer als budgetiert. Mehrere vakante Stellen aufgrund von Pensionierungen. 6.6 vakante Stellen teilweise besetzt im Jahr 2012 (interne Beförderungen).</i>		
6. Zusätzliche Informationen		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

1. Prioritäre Massnahmen: keine Bemerkungen

2. Indikatoren: keine Bemerkungen

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Steuerverwaltung

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	<i>Teilweise realisiert, was die computerunterstützte Veranlagung (CUV) anbelangt.</i>
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Nein	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?		
Ergänzende Bemerkungen: -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	<i>+31,5 Millionen Franken bei der Handänderungssteuer +14 Millionen Franken bei den ausserordentlichen Steuern</i>
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		

5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

1. Prioritäre Massnahmen

Anfügen eines Teilziels im Zusammenhang mit dem kantonalen Inkassoamt, das sich um das Inkasso sämtlicher Rechnungen des Staates Wallis kümmert.

2. Indikatoren

Keine Bemerkungen

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle



Grand Conseil
Kommission für Institutionen und Familienfragen

Grosser Rat
Kommission für Institutionen und Familienfragen

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingbericht zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2011

**Sekretariat für Gleichstellung und Familie
Dienststelle für Personalmanagement
Rechtsdienst für Finanzen und Personal
Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten
Staatskanzlei**

Die Kommission für Institutionen und Familienfragen (IF) ist am Donnerstag, 16. April 2012, von 09.00 Uhr bis 16.00 Uhr im Konferenzraum 6 des Espace Porte de Conthey in Sitten zusammengetreten.

Kommission IF

Mitglieder	Vertreten von	16.04.2012
CONSTANTIN René (Präsident)		X
SCHMIDHALTER-NAEFEN Doris (Vizepräsidentin)		X
REY PASCAL (Berichterstatter)		X
BLANCHET Benoît		X
CASAYS Patricia		X
COPT Jean-François	MARQUIS Gervaise	X
GOTTET Edgar		X
JACQUOD Eric		X
MANGISCH Marcel	SCHETTER Jürgen	X
THEODULOZ David		Entschuldigt
TURIN Alexis		X
WALTER Jakob	STUDER Rainer	X
ZUFFEREY MOLINA Francine		X

GPK: Narcisse Crettenand

FIKO: Georges Emery

Parlamentsdienst: Benoîte Moulin, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Präsidium:

Jacques Melly

Staatsratspräsident

Philipp Spörri

Staatskanzler

Stéphane Theytaz

Verantwortlicher für das Regierungscontrolling

DFIG:

Maurice Tornay

Departementsvorsteher

Franz Michlig

Chef der Dienststelle für Personalmanagement

Gilles de Riedmatten

Chef des Rechtsdienstes für Finanzen und Personal

Maurice Chevrier

Chef der Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten

Nicole Langenegger Roux,

Verantwortliche des Sekretariats für Gleichstellung und Familie

Philomène Meilland

Controllingverantwortliche des DFIG

Sekretariat für Gleichstellung und Familie

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: Im Jahr 2011 waren zwei Personen vollzeitlich mit dem Gesetzesentwurf betreffend häusliche Gewalt beschäftigt. Der Entwurf wird dem Grossen Rat in der kommenden Septembersession unterbreitet.		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilweise	<p>IND 8: häusliche Gewalt OHG Es handelt sich um einen Wirkungsindikator, der nicht direkt die Leistung der Dienststelle misst, sondern Auskunft über die allgemeinen Auswirkungen der Politik gibt.</p> <p>IND 9: Interventionen betreffend häusliche Gewalt durch die Walliser Kantonspolizei Die Statistik 2011 der Walliser Kantonspolizei weist 290 Fälle von häuslicher Gewalt (von insgesamt 623 Delikten) aus. Diese Zahlen werden von der Kantonspolizei jeweils einige Tage nach der Fertigstellung des Leistungsauftrags veröffentlicht und sind deshalb nicht im Rechnungsdokument zu finden.</p>
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Nein	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	-	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	-	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: Es handelt sich um den Stand am 31. Dezember und nicht um den Jahresdurchschnitt der Stellen dieser Verwaltungseinheit.		

6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

Die Kommission wünscht ausführlichere Informationen über den Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen.

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Keine Bemerkungen

Dienststelle für Personalmanagement

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	<p>PM 2: Methodische Unterstützung der Departemente und Dienststellen Es handelt sich hierbei um eine ständige Aufgabe der Dienststelle. Die Kommission wünscht deshalb, dass sie für das kommende Budget aus den prioritären Massnahmen gestrichen wird.</p> <p>PM 3: Koordinierung und Umsetzung des Managementsystems betreffend Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz Der Rückgang des Budgets betreffend diese Massnahme geht nicht einher mit einem Rückgang der Tätigkeit der Dienststelle in diesem Bereich.</p> <p>PM 5: Einführung eines neuen Ausbildungsangebots für Kaderleute Die Zielsetzungen in diesem Bereich konnten aufgrund des Abgangs des Projektleiters und des Zeitmangels aufgrund der Umsetzung des neuen Personalgesetzes nicht erreicht werden.</p>
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Das Inkrafttreten des Personalgesetzes und seiner Verordnungen stellte den Schwerpunkt des Jahres 2011 dar.		

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilw.	IND 9: Total absolvierter Ausbildungstage Die Dienststelle möchte die Weiterbildung bestmöglich fördern. Allerdings ist es Sache der Dienstchefs zu entscheiden, welche Weiterbildung für welchen Mitarbeitenden optimal ist. Inskünftig sollten in den Leistungsaufträgen sämtlicher Dienststellen Indikatoren betreffend die Weiterbildung erscheinen, um die Organisationseinheiten in die Pflicht zu nehmen.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	IND 6: Zufriedenheitsgrad des Personals Die Kommission ist der Ansicht, dass dieser Indikator hier nichts zu suchen hat, wenn im Laufe des Jahres keine Umfrage durchgeführt wurde. Was die Umfrage 2013 anbelangt, so wird ein Vergleich mit den Zahlen 2008 schwierig sein, da teilweise unterschiedliche Fragen gestellt werden. IND 8: Abwesenheitsquote Mit SAP ist eine bessere Verwaltung der mittel- und langfristigen Abwesenheiten möglich. Wenn ein Mitarbeitender mehr als 30 Tage abwesend ist, erhält sein Vorgesetzter automatisch eine Meldung. Es existiert eine Checkliste mit den Aufgaben, die bei der Rückkehr eines Mitarbeitenden nach einer langen Abwesenheit zu erledigen sind. Schlussendlich soll die gesamte Verwaltung von diesem System profitieren können.
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> IND 3: Intern besetzte Stellen Eine Person kann sich nur dann intern um eine Stelle bewerben, wenn sie ihre aktuelle Stelle im Rahmen eines externen Verfahrens erhalten hat. Die Stellen der Lohnklasse 1 bis 10 müssen zwingend extern ausgeschrieben werden, auch wenn es interne Kandidaten gibt. Diese Modalitäten sind in der Verordnung festgelegt.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> 30: Die Kommission begrüsst zwar den Willen, mehr Praktikanten anzustellen (die maximal Fr. 2'800.- pro Monat für höchstens zwei Monate erhalten), fragt sich aber, inwiefern diese Praktikanten Hilfsangestellte ersetzen oder zur Überbrückung eines chronischen Mangels an personellen Ressourcen in gewissen Dienststellen «missbraucht» werden. Die Dienststelle betont, dass das Interesse an Praktikumsstellen seitens der Studenten oder der Arbeitssuchenden sehr gross ist. Zudem kommt es durchaus vor, dass ehemalige Praktikanten zu einem späteren Zeitpunkt eine Festanstellung beim Staat erhalten.		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen:		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

Indikatoren: Keine Indikatoren angeben, wenn von vornherein klar ist, dass im Laufe des Jahres keine Massnahmen umgesetzt werden (Indikator 6).

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Rechtsdienst für Finanzen und Personal

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Sämtliche Gesetze des NFA-Pakets – mit Ausnahme des Gesetzes über die Langzeitpflege, das Gegenstand eines Referendums ist, sowie der Gesetze des DEKS, die im September 2012 in Kraft treten werden – sind am 1. Januar 2012 in Kraft getreten. Im Bereich der Langzeitpflege sind die bisherigen Gesetzesgrundlagen immer noch in Kraft. Im Rahmen der NFA II waren das Gesetz über die Langzeitpflege und das Gesetz über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme sowie der Systeme für die soziale und berufliche Eingliederung miteinander verknüpft, was die Aufteilung der Finanzierung (70% Kanton, 30% Gemeinden) anbelangt. Für diese beiden Gesetze war ein spezifisches Referendumsverfahren vorgesehen. Trotz der Hinweise des Staatsrates auf die begrenzte Zulässigkeit des Referendums, hat das Referendumskomitee 3'600 Unterschriften gegen lediglich eines der beiden Gesetze gesammelt. Die Staatskanzlei prüft gegenwärtig die Gültigkeit des Referendums.		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	

Ergänzende Bemerkungen: -		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: Im Bereich des OHG liegt die Entscheidungsbefugnis beim DSSI, die Zahlung der Entschädigungen ist aber Sache des Rechtsdienstes für Finanzen und Personal. Die Zahlung ist im Gegensatz zur Entscheidungsbefugnis nicht im Gesetz festgelegt. Das Gesetz beauftragt das DFIG allerdings mit dem Inkasso der geleisteten Beträge bei den haftbaren Dritten.		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

Keine Bemerkungen

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Keine Bemerkungen

Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilw.	<p>PM 1: Verfassungsrevision betreffend die Mandatsdauer und das Datum der Wahlen Es wurde eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Vernehmlassungsergebnisse sind gemischt und entsprechen nicht den Erwartungen der Dienststelle. Im Oberwallis spricht man sich klar gegen eine Verlängerung der Mandatsdauer aus. Die Durchführung der Gemeindewahlen im Frühling hat bei den Gemeinden für wenig Begeisterung gesorgt. Die Kommission R21 prüft gegenwärtig die Möglichkeit, die Kantonswahlen im Herbst zu verschieben.</p> <p>PM 2: Verfassungsrevision betreffend Grundrechte und Individualfreiheiten Es scheint gerechtfertigt, die Zweckmässigkeitsdebatte und die Detailberatung dieser ehrgeizigen Revision, die vom ehemaligen Bundesrichter Claude Rouiller vorbereitet wurde, dem Parlament zu übertragen. Diese Revision könnte also im Frühjahr 2013 durchgeführt werden.</p> <p>PM 3: Elektronische Stimmabgabe für Auslandschweizer Die mit der Prüfung der verschiedenen Lösungen betraute Arbeitsgruppe wird dem Staatsrat ihre</p>

		<p>Vormeinung in Form eines Berichts unterbreiten. Eine Testabstimmung ist im Frühjahr 2013 vorgesehen.</p> <p>PM 4: Organisation und Durchführung der eidgenössischen Wahlen</p> <p>Das vorgeschlagene Listenbüchlein wurde von den Gemeinden einhellig begrüsst. In Sachen ungültige Stimmzettel scheint das Wallis mit seinen 2,9% das schwarze Schaf zu sein. Allerdings ist dieser hohe Prozentsatz auf die unterschiedliche Verbuchung der ungültigen Stimmzettel im Vergleich zu den anderen Kantonen zurückzuführen. Ein nicht unterzeichnetes Rücksendungsblatt führt im Kanton Neuenburg beispielsweise nicht dazu, dass die dazugehörigen Stimmzettel für ungültig erachtet werden. Es werden lediglich jene Stimmzettel, die gekennzeichnet sind oder Beschimpfungen enthalten, zu den ungültigen Stimmzetteln gezählt.</p>
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Gesetz über die Unvereinbarkeiten: Infolge der Wahlen 2009, bei denen Mitarbeitende des GNW zwar gewählt worden waren, ihr Amt aber nicht antreten konnten, war eine Motion eingereicht worden. Die ausserparlamentarische Kommission stellte Überlegungen hinsichtlich einer erweiterten Wählbarkeit in den Grossen Rat bei einer gleichzeitigen Ausweitung der Ausstandsmöglichkeiten an. Die Gewaltentrennung ist ein heikles Thema, das mit dem nötigen Fingerspitzengefühl angegangen werden muss. Die kommenden Kantonswahlen dürften die interessierten Kandidaten und Parteien allerdings nicht durch eine Rechtsunsicherheit in Sachen Wählbarkeit beeinträchtigt werden. Unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Staatsrat wird die Dienststelle eine Verschiebung dieser Revision auf die kommende Legislaturperiode prüfen, da es sowieso zu einem Referendum kommen würde.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	<p>IND 1: Gleichgewicht zwischen den eingereichten und den behandelten Beschwerden</p> <p>Abgesehen von der wiederholten Abwesenheit eines Mitarbeiters herrscht allgemein ein Mangel an deutschsprachigen Juristen, da diese in Bern attraktivere Stellen finden.</p>
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<p>Ergänzende Bemerkungen IND 4: Anzahl der Gemeinden im Genuss eines Sanierungsplans</p> <p>Dieser Indikator wird nächstes Jahr verschwinden, da die beiden Gemeinden (Leukerbad nicht mit eingeschlossen) Saas-Balen und Saas-Almagell ihre Finanzen saniert haben werden.</p>		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	<p>30: In den beiden letzten Jahren der Legislaturperiode ist eine Häufung der Fusionsprojekte festzustellen.</p>
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>Fusionsfonds: Per 1.1.2013 wird den fusionierten Gemeinden ein Betrag von 13 Millionen Franken geschuldet, während der Fusionsfonds weniger als 6 Millionen Franken enthält.</p>		

5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

Keine Bemerkungen

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Keine Bemerkungen

Staatskanzlei

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilw.	<p>PM 1: ECM-Projekt (Entreprise Content Management) Das System zur Verwaltung des Entscheidungsprozesses des Staatsrates funktioniert seit fast einem Jahr zur vollsten Zufriedenheit der Mitglieder des Staatsrates. Die Prozesse im Zusammenhang mit dem Parlamentsdienst und den Generalsekretariaten der Departemente werden informatisiert. Der Staatsrat möchte das ECM-System anschliessend auf die Dienstchefs erweitern. Die letzte Phase, die in der flächendeckenden Einführung des Systems in den Dienststellen besteht, wird mehr Zeit in Anspruch nehmen. Es muss mit Kosten auf Ebene der Lizenzen und der Berater gerechnet werden.</p> <p>PM 2: Vertretung der Walliser Interessen in Bern Die seit September 2011 bestehende Unterstützung der Bundesparlamentarier wird es ermöglichen, diese Ziele zu erreichen.</p> <p>PM 3: Strategische Projekte: Es wurden rund zehn Projekte definiert, die von strategischer Bedeutung sind und vom Staatsrat besonders aufmerksam verfolgt werden (HARMOS, R3...). Unter diesem Gesichtspunkt beschleunigt das ECM-Projekt die Entscheidungsprozesse. Die Umsetzung der Projekte ist Sache der einzelnen Departemente (2 Projekte pro Departement), aber die strategischen Entscheide werden auf Ebene des</p>

		<p>Staatsrates gefällt. Die Verantwortung wird von der Gesamtregierung getragen. In Sachen Kommunikation und Information müssen noch Verbesserungen im Informatikbereich vorgenommen werden, dies unter Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte. Die Präsenz auf den sozialen Netzwerken muss noch ausgebaut werden.</p> <p>PM 4: Fristgerechte Behandlung der Beschwerden Angesichts der Zahl der zu behandelnden Dossiers sind die Zielsetzungen nur schwerlich erreichbar.</p> <p>PM 5: Staatsratsbulletin Es wurde keine Zufriedenheitsumfrage hinsichtlich der Zweckmässigkeit dieses Bulletins durchgeführt. Es werden Überlegungen hinsichtlich der Zweckmässigkeit eines detaillierteren Inhalts angestellt.</p>
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	IND 4: Mit 3,5 Stellen können die Erwartungen hinsichtlich einer raschen und einwandfreien Behandlung der Beschwerden nur schwerlich erfüllt werden.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
<u>Bemerkungen:</u>		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

Die Staatskanzlei weist darauf hin, dass es mit einer zusätzlichen Juristenstelle möglich wäre, sämtliche Beschwerden innerhalb von sechs Monaten zu behandeln. Dies unter Vorbehalt der Übereinstimmung mit den im Budget vorgesehenen VZS. Die Kommission fordert mit Nachdruck eine interne Neuaufteilung der Ressourcen, damit der Rückstand in Sachen Beschwerdebehandlung abgebaut werden kann.

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Keine Bemerkungen

Der Präsident
René Constantin

Der Berichterstatter
Pascal Rey



Grand Conseil
Commission de l'agriculture, du tourisme et de l'environnement

Grosser Rat
Kommission für Landwirtschaft, Tourismus und Umwelt

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controlling der politischen Leistungsaufträge 2011

Dienststelle für Landwirtschaft
Dienststelle für Raumentwicklung
Dienststelle für Grundbuchämter und Geomatik
Dienststelle für Wald und Landschaft
Dienststelle für Umweltschutz
Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere

Die Kommission LTU ist am Donnerstag, 19. April 2012, von 8.30 bis 16.30 Uhr zusammengetreten, um die politischen Leistungsaufträge der Dienststellen des DVBU und des DVER zu prüfen.

Kommission LTU

Mitglieder	Vertreten von	19.04.2012
CARRUPT Yves (Präsident)		X
ZURBRIGGEN Stefan (Vizepräsident)	STUDER Rainer	X
ECOEUR Marie-Claude (Berichterstatterin)	MOTTET Xavier	X
BRIGGER Liliane	GRUBER German	X
BRUCHEZ Jean-Daniel		X
ECOEUR Roger		X
FAVRE Christian		X
FAVRE Stéphanie (Berichterstatterin ad hoc)		X
MORET Xavier		X
RABOUD Grégoire		X
RIEDER Beat	KNUBEL Waldemar	X
TURIN Olivier		X
WELLIG Diego	IN-ALBON Rosina	X

Parlamentsdienst

Nicolas Sierro, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Vertreter der FIKO:

Frédéric Mivelaz, Alex Schwesternmann

Vertreter der GPK:

Stefan Andenmatten

DVER:

Jean-Michel Cina, Departementsvorsteher; Murielle Evéquo, stellvertretende Verantwortliche für das Departementscontrolling DVER; Gérald Dayer, Chef der Dienststelle für Landwirtschaft; Jérémie Denis, administrativer Adjunkt bei der Dienststelle für Landwirtschaft; Damian Jerjen, Chef der Dienststelle für Raumentwicklung; Leander Williner, Chef der Dienststelle für Grundbuchämter und Geomatik; Didier Giroud, Amtschef; Herbert Imoberdorf, Kantonsgeometer.

DVBU:

Jacques Melly, Departementsvorsteher; Daniel Moix, Verantwortlicher für das Departementscontrolling des DVBU; Olivier Guex, Chef der Dienststelle für Wald und Landschaft; André Carroz, Buchhalter der Dienststelle für Wald und Landschaft; Cédric Arnold, Chef der Dienststelle für Umweltschutz; Simon Reist, Adjunkt bei der Dienststelle für Umweltschutz; Peter Scheibler, Chef der Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere; Philippe Dubois, Wildhüter und Fischereiaufseher.

Dienststelle für Wald und Landschaft

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilweise	9 von 19 prioritären Massnahmen wurden nur teilweise oder nicht umgesetzt.
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Zusätzliche Bemerkungen:</u>		
<p>PZ 1 PM 6 Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit zwischen den Forstbetrieben: Wie kann man behaupten, die Massnahme sei «erreicht/überholt», wenn die Studie «in Ausarbeitung» ist? Die Dienststelle hat eine unterstützende und beratende Funktion. Die Fusionen im Goms und in Martigny-Trient wurden 2011 in die Tat umgesetzt. «Studie in Ausarbeitung» ist lediglich eine Zusatzinformation, die aussagt, dass die Dienststelle im gesamten Kanton nach Fusions- und Zusammenarbeitsmöglichkeiten sucht. Auch wenn die Dienststelle die PM als umgesetzt erachtet, gilt es zu beachten, dass der diesbezügliche Indikator 6 nur teilweise erfüllt wurde, da von den 4 geplanten neuen Bewirtschaftungseinheiten nur 2 realisiert wurden.</p> <p>PZ 2 PM 6 Aktive Massnahmen zur Ausrottung von Neophyten: Bestimmte Arten breiten sich aus. Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet. Die Dienststelle befasst sich nur mit den Naturzonen und nimmt in den anderen Gebieten zusammen mit der Dienststelle für Landwirtschaft und der Dienststelle für Strassen- und Flussbau eine Koordinationsrolle wahr. Die Finanzmittel beschränken sich auf die spezifischen Budgets der einzelnen Dienststellen. Die Kosten für einen umfassenden Eingriff auf kantonaler Ebene werden auf 2 Mio. Franken geschätzt. Der Kanton verfolgt momentan eine Politik, die der Ausbreitung Einhalt gebieten will. Die Gemeinden zeigen unterschiedliche Sensibilitäten in diesem Bereich. Die Dienststelle hofft, dass die «Ausmerzaktion» hier zu einer guten Zusammenarbeit mit den Gemeinden führen wird.</p> <p>PZ 3 PM 4 Realisierung prioritärer Schutzmassnahmen: Die Dienststelle erklärt, dass sie nicht systematisch auf Baumfällungen entlang von Strassen drängt. Die Kosten gehen zu Lasten des Begünstigten, d.h. wenn ein Baum ein Sicherheitsproblem darstellt, muss der Infrastruktureigentümer das Fällen bezahlen.</p> <p>PZ 3 PM 5 Beratung und Unterstützung der Gemeinden im Bereich des Wanderwegnetzes: Die Schwierigkeit des Departements liegt darin, Budgetmittel für die Projekte der Gemeinden aufzubringen. Gemäss dem Departementsvorsteher können diese nicht immer gefunden werden. Die Strategie sei zwar gut, aber man müsse angesichts des straffen Budgetrahmens auch über die nötigen Mittel verfügen.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	10 von 18 Indikatoren wurden nur teilweise erreicht.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?		Sie sind ziemlich knapp gehalten.
<u>Zusätzliche Bemerkungen:</u>		
<p>PZ 3 IND 5 Anzahl der jährlich eingereichten Mehrjahresprojekte für Wanderwege: Die Gemeinden haben mit der Einreichung ihrer Dossiers zugewartet, bis die neuen Subventionsbestimmungen in Kraft sind, da diese für sie vorteilhafter ausfallen. Dies ist der Hauptgrund für die niedrige Anzahl unter «Realisiert» für 2011.</p>		

4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	Insbesondere in den Rubriken 38-48 und 56-66.
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	Erklärung zu 36: regionale Naturpärke.
<u>Zusätzliche Bemerkungen:</u>		
<p>38-48: Einlagen/Entnahmen Spezialfinanzierungen: Die Kommission versteht zwar die buchhalterische Funktionsweise dieser Rubriken, hinterfragt jedoch die allgemeine Politik des Staates im Bereich der Spezialfonds.</p> <p>56: Ein Restbetrag führte zur Bildung eines Spezialfinanzierungsfonds (38). Die Dienststelle weist darauf hin, dass dies nicht etwa ein Zeichen sei, dass zu viele Mittel bereitgestellt wurden, sondern auf ein grösseres Projekt in der Gemeinde Eisten zurückzuführen sei, das nicht realisiert werden konnte.</p>		
5. Personal		
<u>Bemerkungen:</u>		
<p>Wegen der Änderung des Personalgesetzes wurden die ehemaligen Beamten und Hilfsangestellten mit unbefristetem Dienstverhältnis in einer gemeinsamen Rubrik «Angestellte mit unbefristetem Arbeitsverhältnis» zusammengefasst. Allfällige Hilfsangestellte mit befristetem Arbeitsverhältnis erscheinen nicht im politischen Leistungsauftrag.</p>		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

-

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-

Dienststelle für Umweltschutz

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>	<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele	
<p>Politisches Teilziel 1: <i>Überwachen und Beurteilen der Luft-, Wasser- und Bodenqualität</i></p> <p>Was tut die Dienststelle und welche Mittel werden im Wallis in den Bereichen Wasserqualität und Quecksilber-/Uranbelastung eingesetzt? Das Uranproblem ist geologiebedingt und wird vom Kantonalen Laboratorium für Trinkwasserqualität untersucht. Das Quecksilberproblem stellt sich in erster Linie in der Nähe des Kanals des Industriestandorts Visp und in etwas abgeschwächter Form auch in Monthey. In Visp sind die landwirtschaftlichen Böden sehr stark betroffen. Die Verschmutzung steht in Zusammenhang mit</p>	

der Lonza und mit Schlamm und Sedimenten aus dem Kanal, die bei Arbeiten zu dessen Unterhalt auf die Felder gelangten.		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilw.	Von 18 prioritären Massnahmen wurden 7 teilweise und 1 nicht umgesetzt.
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Zusätzliche Bemerkungen:</u>		
<p>Wie geht die Dienststelle das Problem der Umwelthormone (endokrine Disruptoren) an? Man antwortet, dass die neuen substanzspezifischen Normen für Pflanzenschutzmittel und Pharmaprodukte angewandt werden. Ausserdem werden in der Industrie Messungen durchgeführt. Bei der Revision der Verordnung könnte auch eine zusätzliche Behandlung in der ARA ein Thema sein. Allerdings würde dies viel kosten. Die Idee der Behandlung möglichst vieler solcher Stoffe in der ARA wird weiterverfolgt. Sammelpunkte für Pflanzenschutzmittel, um deren Einleitung in die ARA zu verhindern, gibt es momentan nur zwischen Martigny und Siders. Ohne gesetzliche Grundlage kann der Kanton die Gemeinden nicht dazu zwingen.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Zusätzliche Bemerkungen:</u>		
<p>IND 8 Anzahl Gemeinden die Fassungen betreiben, deren Grundwasserschutzzonen nicht homologiert sind: Die Situation im Wallis ist schlimmer, als die erste Analyse vermuten liess. Für viele Gemeinden ist gutes Trinkwasser einfach eine Selbstverständlichkeit und sie haben deshalb keine Massnahmen getroffen. Hier ist noch viel Sensibilisierungsarbeit von Seiten des Kantons nötig, denn die Gemeinden befinden sich oft in einem Konflikt zwischen Bodennutzung und Schutz der Wasserfassungen. 79 Gemeinden müssen die Schutzzonen für die Trinkwasserfassungen auf ihrem Gebiet noch genehmigen lassen.</p> <p>IND 9 Anzahl sanierter hydroelektrischer Anlagen: Im Gewässerschutzgesetz wird zwischen bestehenden und neuen Wasserentnahmestellen unterschieden. Bei den bestehenden Wasserentnahmestellen sind die Kantone für die Sanierungsmassnahmen verantwortlich (Restwassermengen). Bisher wurde noch keine solche saniert. Die Dienststelle befürchtet, dass das Gesetz in einigen Jahren verschärft werden könnte, wenn es dem Kanton nicht gelingt, die momentan eher flexibel ausgestalteten Bestimmungen durchzusetzen.</p> <p>IND 14 12 im Jahr 2010</p> <p>IND 16 Betrag, welcher durch die Industrie in die Sanierung der belasteten Standorte investiert wurde: Der Betrag ist 4-mal tiefer als geplant, insbesondere weil man in der Planung mit dem Beginn der Sanierungsarbeiten in der Deponie Pont Rouge in Monthey gerechnet hatte. Im Jahr 2011 wurden hier jedoch erst die Vorbereitungsarbeiten ausgeführt. Das Projekt verzögere sich, sei aber am Laufen. Darum sei «teilweise erreicht» gemäss Departement hier angebracht.</p> <p>IND 20 Die Vernehmlassung des Gewässerschutzgesetzes läuft noch bis zum 31. Mai 2012.</p>		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen	Ja	

ausreichend?		
Zusätzliche Bemerkungen:		
<p>31: Es handelt sich namentlich um Mandate in Zusammenhang mit der Sanierung der belasteten Standorte Die entsprechenden Beträge werden den Verantwortlichen für die Verschmutzungen weiterverrechnet (Rubrik 43). Ausserdem musste wegen der Unwetter deutlich mehr Holz in Le Bouveret aus der Rhone entfernt werden als in den vorangehenden Jahren, was diese Rubrik zusätzlich belastete. Schliesslich wurde eine Budgetüberschreitung mit der Dienststelle für Strassen- und Flussbau kompensiert (es gibt keine Budgettransfers zwischen den Dienststellen).</p> <p>48: Diese Beträge stehen in Zusammenhang mit vom Kanton subventionierten Arbeiten in den Gemeinden (Entwässerungsplan, Sanierung Schiessstand, Bau einer ARA).</p>		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen:		

Ein Abgeordneter beklagt die ungenauen statistischen Daten im Wallis für den Wasserbereich. Der Departementsvorsteher betont, dass das Wasser eines der prioritären Themen der Regierung sei und ein Wille bestehe, ein richtiges Kompetenzzentrum für diesen Bereich zu schaffen. Alle Kompetenzen sollen vereint werden, um eine kantonale Vision zu schaffen.

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

-

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Zusätzliche Bemerkungen:		
<p>PM 3 Schaffung von Wildruhezonen: Kann man die Massnahme wirklich als «teilweise erreicht» bezeichnen, wenn die Zonen noch gar nicht geschaffen wurden? Die Dienststelle antwortet, dass die Projekte an und für sich zwar bereit wären, aber die damit zusammenhängenden Skiliftprojekte</p>		

(Kompensationsmassnahmen) noch nicht. Es wurde eine Vereinbarung mit den betroffenen Akteuren getroffen und die Zonen werden dem Staatsrat vorgelegt, sobald die Skilifte gebaut sind. Im Lötschental ist die geplante Zone derart gross, dass die Dienststelle das Projekt gestoppt und stattdessen die Erarbeitung eines umfassenden Konzepts verlangt hat.

PM 10 Gibt es für das Jahr 2011 Zahlen bezüglich der Kosten in Zusammenhang mit dem Wolf? Man kann diese Kosten nicht auf den Rappen genau berechnen, da der Anteil der ausschliesslich wolfsbedingten Wildhutarbeiten nur schwer beziffert werden kann. Für das Jahr 2011, wo im Oberwallis 5 Wölfe gezählt wurden, rechnet die Dienststelle mit 70'000 Franken Zusatzkosten, ohne dass Abschüsse bewilligt worden wären. Die Beträge in Zusammenhang mit den Schäden sind hingegen genauer, da die Nutztierhalter entschädigt werden. Zu Jahresbeginn lagen diese bei Fr. 65'000 im Oberwallis und Fr. 36'000 im Unterwallis (80% übernimmt der Bund). Die Kosten in Zusammenhang mit Angriffen von streunenden Hunden auf Herdentiere können nur geschätzt werden, gemäss Dienststelle gibt es im Kanton aber nur wenige solche Fälle.

Der Herdenschutz ist in erster Linie eine Aufgabe der Dienststelle für Landwirtschaft. Was den Kompetenzbereich der DJFW angeht, so wurden keine Probleme in Zusammenhang mit Schutzhunden festgestellt.

PM 11 *Installation von Wildwarnreflektoren zur Vermeidung von Wildunfällen:* Die Wirksamkeit dieser Massnahme hat sich vielerorts bestätigt (Rückgang der Unfälle um 70-80%). Es werden momentan neue Geräte getestet, die später an vielbefahrenen Strassen mit hohen Tempolimiten eingesetzt werden sollen. Aussagekräftige Schlussfolgerungen wird man erst nach 3 bis 4 Jahren ziehen können. Die Versicherungen haben es abgelehnt, sich an diesen Geräten finanziell zu beteiligen, mit einer Ausnahme in Zusammenhang mit einer Aktion der Diana Brig.

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	Bei 2 von 14.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Nein	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?		
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?		
Ergänzende Bemerkungen: 50: Gewisse Investitionen wurden verschoben (Dienstfahrzeug und Kühlkammer).		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

-

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Dienststelle für Landwirtschaft

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Die Brennpunkte der Walliser Landwirtschaft sind insbesondere der sinkende Milchpreis, das wirtschaftlich schwierige Umfeld für den Rebbaubau und der Druck auf die landwirtschaftlichen Flächen. Der Bund will die Anforderungen für den Erhalt von Direktzahlungen erhöhen und für landwirtschaftliche Flächen in Bauzonen keine Direktzahlungen mehr ausrichten. In unserem Kanton geht es dabei um 12 Mio. Franken.		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilw.	Von 13 prioritären Massnahmen wurden 6 teilweise und 2 nicht umgesetzt.
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p><u>Zusätzliche Bemerkungen:</u></p> <p>PM 3 Umsetzung der Empfehlungen von Viti 2015: Die mit dem Berufsverband der Walliser Weine (BWW) abgeschlossene Leistungsvereinbarung wird auf das Jahr 2013 hin neu ausgehandelt. Die Dienststelle beteiligte sich im Jahr mit Fr. 670'000.- und der BWW mit Fr. 690'000.-. 70% werden dem BWW zu Beginn des Jahres ausbezahlt, der Rest später auf Grundlage der detaillierten Abrechnung, die er erstellen muss. 2011 wurde alles auf Grundlage der Abrechnung bezahlt. Da sich die Praxis in den letzten Jahren vielleicht geändert hat, möchte das Departement sichergehen, dass die öffentlichen Gelder korrekt investiert werden und verlangt Resultate.</p> <p>Bei der Ausrichtung der Direktzahlungen gab es im Jahr 2011 Probleme (Verspätungen und Informatik). Diese Probleme werden bis 2012 behoben. Das Departement übernimmt hier die Verantwortung und möchte ausserdem besser über die Veränderungen bei den Direktzahlungen informieren, denn Bern verlangt in diesem Bereich ein strengeres Vorgehen.</p> <p>PM 4 Ab 1.1.2013 erhält PromoVS jene Förderbeträge, die bisher an die WLK gingen.</p> <p>PM 5 Das mangelnde Feedback in den Schulen und die Motivationsprobleme einiger Studierender werden angesprochen.</p> <p>PM 6 Ein Abgeordneter wirft die Frage auf, weshalb man sich nur auf die Rhonekorrektur und nicht auch auf die Bauzonen konzentriert, denen oft die besten landwirtschaftlichen Flächen zum Opfer fallen. Der Departementsvorsteher weist darauf hin, dass die landwirtschaftlichen Flächen tatsächlich immer mehr von allen Seiten unter Druck geraten. Im Jahr 2011 verlangte die Dienststelle, dass sie systematisch konsultiert wird, wenn bei einem Projekt Fruchtfolgeflächen (FFF) betroffen sind. Sind bei Umnutzungen von FFF keine Kompensationsmassnahmen vorgesehen, gibt die Dienststelle systematisch eine negative Vormeinung ab. Dieses Vorgehen wurde zwar kritisiert, ist für die Wahrnehmung des Problems jedoch wichtig.</p> <p>PM 7 Unterstützt der Kanton individuelle Projekte zur Instandsetzung von Trockensteinmauern? Die Dienststelle ist für ein sektorweises Vorgehen. Sie kann nicht auf jedes individuelle Gesuch einzeln eingehen. In den Augen des Departementsvorstehers kann der Kanton nicht überall investieren und alles erhalten. Man muss sich in erster Linie auf jene Gebiete konzentrieren, die für das Landschaftsbild wichtig sind. Es würde nicht viel Sinn ergeben, mal hier und mal da einzelne Abschnitte von Trockensteinmauern, die sich zwischen Betonmauern befinden, zu subventionieren. Ausserdem finanziert der Bund im Sinne einer globalen Mitfinanzierung grundsätzlich nur Projekte von grösseren Betrieben mit.</p> <p>PM 11 Die Walliser Berufsverbände sind dagegen, die Försterausbildung nach Visp zu verlegen. Sie fürchten um die Ausbildungsqualität.</p> <p>Schutz der Sömmerungsalpen: Zwei kantonale Departemente und ein Bundesamt arbeiten an diesem</p>		

Dossier. Es laufen gegenwärtig Analysen, mit welchen bestimmt werden soll, welche Alpen geschützt werden können und welche nicht. Die Dienststelle hat sich stets dafür ausgesprochen, dass Schutzhunde nur zusammen mit einem Hirten eingesetzt werden.		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Zusätzliche Bemerkungen: -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Keine Bemerkungen		
5. Personal		
Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

Verschiedenes: Informationen zum Stand der Arbeiten in den landwirtschaftlichen Gutsbetrieben

Bei der Gewährung des Rahmenkredits von 24,5 Mio. Franken wurden zwei Grundsätze festgehalten: Schaffung von Kompetenzzentren und Koordinierung der Investitionspolitik.

Die Tätigkeiten der Gutsbetriebe wurden demnach neu ausgerichtet, um Kompetenzzentren zu schaffen. Dies betraf insbesondere den Betrieb in Châteauneuf (Tierhaltung, Umstellung im Obstbau, Neuerungen im Rebbau, Qualitätssicherung und Überlegungen zur Identität des Betriebs und seiner Weine). Die Arbeiten in Visp sind abgeschlossen. Im Gutsbetrieb Grand Brûlé ist momentan der Architekturwettbewerb das Hauptthema (Ende 2013 wird ein Objektkredit nötig sein). Der Gutsbetrieb Les Barges ist seit dem 1. Januar 2012 verpachtet.

Auf organisatorischer Ebene ist das Personal von Châteauneuf neu direkt den betroffenen Ämtern angegliedert. Auf diese Weise will man in den Ämtern eine Kompetenzbündelung erreichen.

Einkellerung und Vinifizierung werden aus wirtschaftlichen, rationellen und qualitativen Überlegungen im Gutsbetrieb Grand-Brulé zentralisiert.

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

-

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Dienststelle für Raumentwicklung

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
<p>Zonnennutzungspläne: Ende 2011 haben von insgesamt 141 Gemeinden 114 einen homologierten Plan, 12 verfügen über die grundsätzliche Zustimmung des Staates, bei 12 weiteren sind die Pläne gerade bei den Dienststellen in Behandlung, 2 befinden sich in der Abklärungsphase und 1 Gemeinde hat zwar bereits eine öffentliche Information durchgeführt, doch der Plan ist noch nicht beim Staat eingereicht worden.</p>		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilw.	Von 10 prioritären Massnahmen wurden 5 teilweise und 1 nicht umgesetzt.
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p><u>Zusätzliche Bemerkungen:</u></p> <p>PM 9 Coaching der Gemeinden: Das Departement weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Verantwortung für die Raumplanung bei den Gemeinden liege und dass diese ihre Autonomie im Raumplanungsbereich behalten wollen. Coaching heisst nicht, dass der Kanton die Arbeiten der Gemeinden übernimmt. Den Gemeinden steht es frei, einen Raumplaner zu beauftragen, was viele von ihnen auch tun. Die Dienststelle betont, dass sie stets bereit sei, den Gemeinden mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und dass die Gemeinden mit dieser Unterstützung im Allgemeinen zufrieden seien (siehe IND 6).</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	Nur bei 1 von 6.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	IND 1 Die Bevölkerungsentwicklung im Berggebiet wird auf Grundlage der Bundesstatistiken berechnet. Es werden alle Personen berücksichtigt, die in den betreffenden Regionen ihren Wohnsitz haben.
<p><u>Zusätzliche Bemerkungen:</u></p> <p>Die Dienststelle verfügt noch über kein Informatikprogramm, um sich einen genauen Überblick über das gesamte Kantonsgebiet zu verschaffen. Viele Informationen stammen aus den Zonnennutzungsplänen, die jedoch nicht immer auf dem neuesten Stand sind.</p>		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<p><u>Zusätzliche Bemerkungen:</u></p> <p>Da die Kommission nicht über die Rechnung mit dreistelligen Budgetrubriken verfügt, ist es ausreichend, wenn sich die finanziellen Erklärungen auf die zweistelligen Rubriken konzentrieren.</p>		

5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

-

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-

Dienststelle für Grundbuchämter und Geomatik

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
<p>Gemäss dem Departementsvorsteher ist das Projekt GB 2020 auf gutem Wege. Der Dienstchef weist auf den chronischen Personalmangel hin. Die Strukturen funktionieren und die elektronische Dokumentenverwaltung ist eingerichtet. In den Grundbuchämtern von Brig und Martinach läuft ein Pilotversuch, bei dem sämtliche Dokumente (einschliesslich Belege) eingescannt werden. Längerfristig soll dies in allen Grundbuchämtern geschehen, so dass man direkt vom Arbeitsplatz auf sämtliche Daten zugreifen kann.</p> <p>Intercapi (Tool zum Abrufen informatisierter Grundbuchdaten) ist in Betrieb. Es muss aber noch die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit die Mitarbeiter der Kantonsverwaltung über Intranet auf diese Daten zugreifen können. Die Dienststelle hofft, Intercapi den Notaren und Geometern ab 2013 auch über Internet zur Verfügung stellen zu können. Es gilt zu beachten, dass dies nur die informatisierten Grundbuchämter betrifft. Die Informatisierung ist noch nicht in allen Gemeinden erfolgt.</p> <p>Vermessung: Die Dienststelle vermeldet bestimmte Schwierigkeiten bei den Erneuerungen, ansonsten hat die letzte Gemeinde die Vermessung in Angriff genommen. Es gilt zu beachten, dass rund 50% des Kantonsgebiets nicht vermessen sind, insbesondere oberhalb von 2000 Metern. Doch dies hat für die Dienststelle nicht oberste Priorität.</p> <p>Bezüglich der Erneuerungen teilt die Dienststelle mit, dass die Gemeinden nicht individuell über die letzten Entwicklungen und Kosten informiert wurden, sondern dass die Kommunikation über den Verband der Walliser Gemeinden lief. Die Arbeitsgruppe wurde bereits gebildet, hat jedoch noch keine Sitzung abgehalten. Diese sollte bis Ende Juni 2012 eine Lösung präsentieren.</p> <p>Landwirtschaftliche Nutzflächen: Die entsprechenden Daten werden der Dienststelle für Landwirtschaft weitergeleitet. Die Vermessung basiert auf Fotos von 2002-2003. Nach Abschluss des Projekts wird alle 6-10 Jahre eine Nachführung nötig sein (ohne Gemeindebeteiligung). Auf diese Weise wird man Karten erstellen können, auf denen sich die Entwicklung nachverfolgen lässt. Für das letzte Jahrhundert ist dies aufgrund fehlender Daten jedoch leider nicht möglich.</p> <p>Die Zahl der hängigen Dossiers (Moratorium) liegt fast bei 0.</p>		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Nein	

Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Nein	Die Kommentare bei den nicht erfüllten PM müssen ausführlicher sein.
<p>Zusätzliche Bemerkungen:</p> <p>PM 5 und 7 Wie lange will die Dienststelle die Umsetzung dieser PM noch hinauszögern? Die Projekte laufen seit 2012, namentlich dank der Anstellung eines Projektleiters.</p> <p>PM 11 Bedeutet die Erklärung, dass man die PM ohne zusätzliches Personal nicht umsetzen wird? Die Dienststelle beantragt 1 bis 2 zusätzliche Stellen, um die Revision des Vermessungsgesetzes vorzubereiten.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Nein	idem PM
<p><u>Zusätzliche Bemerkungen:</u></p> <p>IND 1 Bezüglich Personalmangel siehe Punkt 5 weiter unten.</p> <p>IND 2 Das Problem ist oft auf einen Mangel an personellen Ressourcen und fachlichen Kompetenzen in den Gemeinden zurückzuführen.</p> <p>IND 10 Die Formulierung dieses Indikators muss im nächsten Budget überarbeitet werden. Ausserdem muss die Berechnungsgrundlage erwähnt werden.</p> <p>IND 14 Die Fristen sind nun wieder im Rahmen. Gemäss Dienststelle braucht man für die Behandlung einer Grundbuchanmeldung höchstens eine Woche, sogar in Sitten.</p>		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<p><u>Zusätzliche Bemerkungen:</u></p> <p>33: Es handelt sich um eine Rückstellung in Zusammenhang mit dem gerichtlichen Vorgehen einiger Debitoren.</p> <p>40: Diese nicht budgetierten Steuern sind zum Teil auf die Ängste wegen der Erbschaftssteuerinitiative zurückzuführen, insbesondere im Oberwallis. Brig: +10 Mio., also doppelt so viel wie sonst, Martigny: +8 Mio., Sitten: +3 Mio.</p> <p>43: Zur Art der Gebührenberechnung sowie zur Tatsache, dass die Grundbuchämter massiv mehr Einnahmen als Ausgaben haben, wird sich die FIKO äussern müssen.</p>		
5. Personal		
<p>Zwischen 2010 und 2011 hat die Dienststelle im Juni 3 Personen für die Grundbuchämter und 4 Personen für das Projekt GB 2020 angestellt.</p> <p>Ende Jahr kam es zu einem Anstieg des Arbeitsvolumens aufgrund der Erbschaftssteuerinitiative (siehe Erklärung zur Budgetrubrik 40 weiter oben).</p>		
6. Zusätzliche Informationen		

Bemerkungen: -

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

2. Indikatoren

Die Formulierung der Indikatoren 10 und 11 muss überarbeitet werden. Bei Prozentangaben muss die Berechnungsgrundlage genannt werden.

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle



Grand Conseil
Commission de la sécurité publique

Grosser Rat
Kommission für öffentliche Sicherheit

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2011

Verwaltungs- und Rechtsdienst des DSSI
Kantonspolizei
Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär
Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt
Strafanstalten
Betreibungs- und Konkursämter
Dienststelle für Bevölkerung und Migration

Datum: 20.04.2012

Ort: Konferenzraum 6, Espace Porte de Conthey, Sitten

Kommission ÖS

Mitglieder	Vertreten von	20.04.2012
RICHARD Claude-Alain, Präsident		X
FRABETTI Bernhard, Vizepräsident		X
ROH Sébastien, Berichterstatter		X
BORGEAT Raymond		X
BÜRCHER Laurent		X
DARBELLAY GHALMI Carole		X
FURRER Egon		X
FURRER Urban (Vormittag)	OESTER-AMMAN Maria (Nachmittag)	X
PICON-FURRER Margrit		X
REY Bernard	PRALONG Régine (Vormittag) GANZER Stéphane (Nachmittag)	X
ROTHEN Michel	BORNET Yves	X
SAUTHIER-LUYET Anne-Marie		X
WEGER Hans-Ulrich	STUDER Daniel	X

FIKO: Jérôme Favez

GPK: Erno Grand

Parlamentsdienst: Benoîte Moulin, wissenschaftliche Mitarbeiterin

DSSI: Esther Waeber-Kalbermatten, Departementsvorsteherin
Damian Mottier, Generalsekretär und Verantwortlicher für das Departementscontrolling
Anne-Laure Zufferey Terretaz, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Departementscontrolling
Christian Varone, Kommandant der Kantonspolizei
Pierre-Martin Moulin, Adjunkt des Kommandanten
Jacques de Lavallaz, Chef der Dienststelle für Bevölkerung und Migration
Nicolas Moren, Chef der Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär
Pierre-Joseph Udry, Chef der Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt
Georges Seewer, Direktor der Strafanstalten
Myriam Fournier, Controllingverantwortliche der Strafanstalten
Cédric Moix, Delegierter für die Betreibungs- und Konkursämter

Kantonspolizei

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilw.	<p>PM 1: Verstärkung der Bestände im Bereich bürgernahe Polizei</p> <p>Das Verhältnis von 1 Polizeibeamten für 650 Einwohner wird immer noch nicht erreicht (vgl. Ind. 1)</p> <p>PM 6: Rahmenvereinbarung zur Regelung der Polizeieinsätze bei Sportveranstaltungen</p> <p>Die gute Zusammenarbeit mit den Walliser Spitzenclubs wird hervorgehoben. Die Revision des Konkordats über die Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen wird es ermöglichen, die Akteure verstärkt in die Pflicht zu nehmen. Dabei müssen die Walliser Rahmenbedingungen (kleine Städte, aber Anlässe von regionaler oder kantonaler Tragweite) berücksichtigt werden.</p> <p>PM 7: Einzige Einsatzzentrale</p> <p>Bei diesem Thema handelt es sich um einen wahren Dauerbrenner. Schliesslich konnte eine Einigung mit dem Verantwortlichen der Notrufzentrale 144 hinsichtlich der Schaffung einer einzigen Zentrale erzielt werden, wobei die Einheiten administrativ getrennt bleiben. Momentan laufen Studien hinsichtlich der Finanzierung.</p>
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	<p>MP 4: Weiterführung des Projekts Polycom</p> <p><i>Gibt es Probleme mit der öffentlichen Auflage?</i> Die Umweltschutzverbände wurden von Anfang an in das Projekt eingebunden. Einige Verbände wehren sich gegen siedlungsnahen Antennen. Der Handlungsspielraum ist allerdings begrenzt, da die Netzabdeckung gewährleistet werden muss. Die einzige Einsprache kommt aus Vex, wo ein Zentralknoten für das Wallis geplant ist. Das Netz ist eine absolute Notwendigkeit, insbesondere im Falle eines Erdbebens. Es wird Ende 2013 betriebsbereit sein. Die anderen Einsatzkräfte werden anschliessend ausgerüstet.</p> <p>PM 10: Anwendung der neuen Normen der einheitlichen Strafprozessordnung</p> <p><i>Wie steht es mit den Einvernehmeräumen?</i> Im Mittelwallis und bald auch in Brig, Visp und St-Maurice sind die Einvernehmeräume bereit. In Brig müssen noch Kameras installiert werden. In Visp handelt es sich um ein altes Gebäude und es müssen noch Arbeiten durchgeführt werden, damit die Einvernehmeräume den Normen entsprechen.</p>
Ergänzende Bemerkungen:		
Das Gesetz über den Bevölkerungsschutz und die Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen		

Lagen wird dem Parlament im September 2012 unterbreitet werden.		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

-

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-

Betreibungs- und Konkursämter

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im	Nein	Die Anzahl zu behandelnder Dossiers hat stark zugenommen. Der Personalbestand scheint nicht

Einklang mit der Planung?		ausreichend zu sein, was das Personal stark unter Druck setzt. Der Ressourcenmangel führt zu Verzögerungen bei den prioritären Projekten (z.B. Einführung eines zentralen Informatiksystems für die Betreibungen).
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	PM 1 Informatiksystem für die Betreibungen Mit der Informatisierung der Betreibungsbegehren können Doppelerfassungen vermieden werden, was einen Zeitgewinn für die Ämter und die kantonale Steuerverwaltung darstellt.
Ergänzende Bemerkungen: -		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	Ind. 1: Anzahl Betreibungen Die Anzahl Dossiers pro Mitarbeiter ist sehr hoch. Aufgrund des Personalmangels ist es in gewissen Ämtern zu Verzögerungen bei der Behandlung der Verfahren gekommen. Im Dezember 2011 wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche dem Staatsrat unlängst ihren Bericht über die verschiedenen Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen unterbreitet hat.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	Der Anstieg des Geschäftsvolumens hat zu einem Finanzierungsüberschuss von 1,9 Millionen Franken geführt.
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: - <i>Wird sich die Zunahme der Betreibungen und Konkurse fortsetzen oder war 2011 eine Ausnahme?</i> Die Zunahme um 11% im Jahr 2011 im Vergleich zu den Vorjahren war in der Tat aussergewöhnlich. Allerdings ist der Aufwärtstrend seit 20 Jahren konstant. Mit der Änderung von Artikel 64 a des KVG bleiben die Krankenkassen Eigentümer der Verlustscheine der Versicherten, die ihre Prämien nicht zahlen. Die Versicherungen werden also «prozessfreudiger». Zudem kommt es immer häufiger zu Pfändungen.		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

1. Prioritäre Massnahmen

2. Indikatoren

Die Kommission ist sich des offensichtlichen Personalmangels bewusst und sie wird darauf achten, dass diese Problematik im Rahmen des Budgets 2013 geregelt wird.

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	<p>PM 1: Neues Kontrollzentrum in St-Maurice Die Dienststelle ist mit dem neuen Kontrollzentrum, das seit dem 1. Januar 2012 in Betrieb ist, sehr zufrieden. Es ist modern, funktionell und wird von den Kunden sehr geschätzt. Die Fristen und das Investitionsbudget von 35 Millionen Franken wurden eingehalten.</p> <p>PM 4 Standortverlagerung der Niederlassung Sitten Es wurde eine Bedarfsstudie durchgeführt. Der Bau eines neuen Zentrums ist die beste Lösung, da das Arbeitsvolumen sowohl bei der Kantonspolizei als auch bei der Dienststelle ständig zunimmt. Nun muss ein Grundstück gefunden werden, das idealerweise ausserhalb der Wohnzonen und in Autobahnnähe liegt.</p>
Ergänzende Bemerkungen: -		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Nein	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	-	
<p>Ergänzende Bemerkungen:</p> <p>Ind. 7: Anzahl ausgestellte Führerausweise In erster Linie sind es die Fahrstunden und die L2-Kurse, die kostspielig sind. Die Dienststelle achtet darauf, dass die Erlangung des Führerausweises für die Jugendlichen nicht unerschwinglich wird.</p> <p>Ind. 9: Medizinische Kontrollen Für die Berufschaffeuere werden die Kontrollen in einem Zentrum für medizinische Expertisen durchgeführt. Personen über 70 Jahre können sich für diese Kontrollen an ihren Hausarzt oder aber an das Kontrollzentrum wenden, falls der Hausarzt aus irgendeinem Grund nicht entscheiden kann.</p>		

Ind. 6: Durchfallquote bei den praktischen Führerprüfungen

Der Prozentsatz entspricht dem schweizerischen Durchschnitt. In einigen Kantonen liegt die Durchfallquote bei über 50%. In keinem Kanton liegt sie unter 25%. Die Dienststelle ist der Ansicht, dass die Ausbildung der Kandidaten angepasst ist und die kantonalen Anforderungen hoch genug sind.

Ind. 18: Anzahl der durchgeführten technischen Kontrollen

2011 wurden diese Kontrollen von drei Experten durchgeführt. Allerdings bräuchte es sechs Experten, um sämtliche Kontrollen innerhalb der gesetzlichen Fristen durchführen zu können.

Ind. 23: Anzahl der Fahrzeuge die vom Ökobonus profitieren können

Der aktuelle Ökobonus wird nur noch bis Ende 2012 angeboten. Gegenwärtig wird die Einführung eines neuen Bonus ab 2013 geprüft.

4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Strafanstalten

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Nein	PM 1: Evaluation eines medizinischen Dienstes für die Strafanstalten Das GNW wäre mit einer Verlängerung der Vereinbarung einverstanden. Die Herren Dupuis und Braegger wurden mit der Festlegung der Pauschalkosten und dem Modus

		Vivendi des neuen Vertrags betraut. Die meisten Massnahmen wurden auf Eis gelegt, bis die Resultate der mit der Beurteilung der Auditvorschläge betrauten Arbeitsgruppen vorliegen. Der Schlussbericht der acht Arbeitsgruppen dürfte im Juli 2012 vorliegen.
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	Ind. 1: Prozentsatz von Strafvollzugspersonal mit eidgenössischem Fachausweis als Fachmann / Fachfrau im Justizvollzug Die Ausbildung wird normalerweise nach 2 bis 3 Jahren im Beruf angetreten. Die Nachdiplomausbildung für das französischsprachige Personal musste mangels Interessenten (3 Personen) abgesagt werden. Ind. 9 und 10: Berufsbildung unter Haftbedingungen Nur wenige Insassen absolvieren eine Berufsbildung, da in den meisten Fällen die Probleme zu gross sind und das schulische Niveau zu tief ist. Die Dienststelle möchte in erster Linie die Bildungslücken schliessen.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: Das Gefängnispersonal wurde zwar angestellt, muss aber noch ausgebildet werden. Manchmal muss zur Überbrückung des Personalmangels auf Sicherheitsfirmen zurückgegriffen werden. Aufgrund des Personalmangels besteht auch kein Spielraum im Krankheitsfall.		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Dienststelle für Bevölkerung und Migration

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilw.	PM 1: Weiterführung der Aufarbeitung von Rückständen bei den Einbürgerungsgesuchen Die starke Zunahme bei den Einbürgerungsgesuchen ist auf die am 1. Januar 2008 in Kraft getreten Gesetzesänderungen, mit denen die Aufnahme in eine Burgergemeinde als Vorbedingung für die Einbürgerung abgeschafft wurde, zurückzuführen. Im neuen Verfahren werden lediglich die zur Deckung der administrativen Kosten nötigen Gebühren erhoben, was die Einbürgerung im Vergleich zu früher viel erschwinglicher macht.
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilw.	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
Ind. 6: Anzahl erteilte Aufenthaltsbewilligungen		
Im Wallis leben 66'000 Ausländer aus 154 verschiedenen Ländern. Mehr als 12'000 von ihnen sind in der Schweiz geboren. Die Portugiesen stellen 20% dieser Bevölkerungsgruppe dar. Dieser hohe Ausländeranteil ist auch Ausdruck für die Attraktivität unseres Kantons mit seiner gesunden und florierenden Wirtschaft.		
Ind. 7: Anzahl realisierte subventionierte Integrationsprojekte		
<i>Welche Projekte im Wallis haben Anrecht auf Bundes- und Kantonsbeiträge?</i>		
Da wäre beispielsweise das «Maison du Monde» in Monthey. Weiter sind alle durch die Gemeinden und die interkulturellen Vereine organisierten Sprachkurse subventionsberechtigt. Zu nennen wären auch die vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk organisierten Integrationskurse.		
Ind. 8: Anzahl erlassene Haftbefehle		
Die Strafanstalt Crêtelongue weist einen hohen Belegungsgrad auf. Ausserdem gab es im Jahr 2011 600 freiwillige Ausreisen.		
Im Jahr 2010 mussten sieben Level-2-Ausschaffungen und eine Level-4-Ausschaffung durchgeführt werden. Im Jahr 2011 kam es zu fünf Level-2-Ausschaffungen und zu drei Level-4-Ausschaffungen. <u>Level</u>		

2: Ausschaffung mittels Linienflug in Begleitung von zwei Polizeibeamten. Level 4: Ausschaffung mittels Sonderflug in Begleitung von mehreren Polizeibeamten. Die Kosten für einen Sonderflug belaufen sich auf rund 10'000 Franken pro ausgeschaffte Person und werden vom Bund übernommen.

Situation im BGZ-Bereich:
 Durchschnittliche Anzahl Hafttage 2010: 25 (24,66)
 Durchschnittliche Anzahl Hafttage 2011: 21 (20,84)

4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilw.	<p>PM 1: Einführung des Organisationskonzeptes der Feuerwehr</p> <p><i>Was sind die Gründe für die schleppende Einführung und innert welcher Frist wird die Einführung abgeschlossen sein?</i></p> <p>Bei den lokalen Behörden fehlt es teilweise am nötigen Willen. Einige Gemeinden haben bis zum letzten Moment gewartet, um die Arbeiten in Angriff zu nehmen. Die Zahlen entsprechen dem Stand am 31. Dezember.</p>

		<p>Im Unterwallis ist das Konzept mittlerweile in sämtlichen Gemeinden umgesetzt. Im Mittelwallis müssen die sechs Gemeinden des Haut-Plateau ihr Projekt noch validieren und Ardon hat unlängst eine Vereinbarung mit Vétroz abgeschlossen. Die Dienststelle führt noch Verhandlungen mit den Gemeinden Ayent, Arbaz und Grimisuat. Bleibt nur noch die Gemeinde Les Agettes. Im Oberwallis haben 27 Gemeinden das Konzept noch nicht umgesetzt.</p> <p>PM 3: Kantonale Zentrale für Materialeinkauf für die Feuerwehr</p> <p>Die Dienststelle hatte vorgesehen, einen Chefinstruktor mit dieser Aufgabe zu betrauen. Das Anstellungsverfahren war allerdings langwierig und der neue Instruktor konnte seine Stelle erst im September 2011 antreten. Die Massnahme wurde um ein Jahr verschoben. Es gibt keine besonderen Probleme.</p>
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: Dossier «Militärflugplatz»: Schlussendlich ist es die Armee, die entscheidet, ob die Luftwaffe in Sitten bleibt oder nicht. Die Antwort dürfte nicht mehr lange auf sich warten lassen.		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Teilw.	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: 50: Die Realisierung des «maison du feu», das ein Arbeits- und Instruktionswerkzeug für die Feuerwehrleute ist, war für 2011 vorgesehen. Allerdings wurde gegen die Arbeitsvergabe Beschwerde erhoben. Das kantonale Verwaltungsgericht hat schliesslich dem Departement Recht gegeben. Sämtliche Vorverfahren waren korrekt durchgeführt worden und die Beschwerde wurde abgewiesen. Die für 2011 vorgesehenen Investitionen werden auf 2012 verschoben.		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Verwaltungs- und Rechtsdienst des DSSI

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	Ind. 2: Anzahl Beurteilungsberichte Die Frist von drei Monaten ist zu kurz, um einen Bericht zu verfassen.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	31: Ein durch das Vormundschaftsamt einer Mittelwalliser Gemeinde ernannter Vormund wurde vom Strafrichter wegen Veruntreuung, ungetreuer Geschäftsbesorgung und ungerechtfertigter Bereicherung auf Kosten seines Mündels verurteilt. Der fehlbare Vormund ist nicht in der Lage, sein Mündel zu entschädigen. Gemäss Artikel 427 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches haftet der Kanton für den Schaden, der nicht durch den Vormund gedeckt wird. 43: Zunahme der verhängten Tagessätze
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen	Teilw.	

ausreichend?		
Ergänzende Bemerkungen: -		
5. Personal		
Bemerkungen: Es handelt sich um den Stand am 31. Dezember 2011. Es dauerte insgesamt 5 Monate, bis die vakante Stelle wieder besetzt werden konnte.		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Der Präsident
Claude-Alain Richard

Der Berichterstatter
Sébastien Roh



Grand Conseil
Commission de la santé, des affaires sociales et de l'intégration

Grosser Rat
Kommission für Gesundheit, Sozialwesen und Integration

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2011

Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen
Dienststelle für Gesundheitswesen
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse
Dienststelle für Sozialwesen

Datum: 19.04.2012

Ort: Konferenzraum des Grossen Rates, Sitten

Kommission GSI

Mitglieder	Vertreten von	Anwesend
CACHAT Didier (Präsident)		X
JENELTEN-BIOLLAZ Véronique (Vizepräsidentin)		X
SCHMID Danielle (Berichterstatterin)		X
CARRON Camille		X
FOURNIER Didier	DELEZE Julien	X
KALBERMATTEN Beatrice		X
MONNEY Gilbert		X
PERROUD Bruno		X
REY Jérémie	CORDONIER Gratien	X
ROCH Jean-Didier		X
SCHWESTERMANN Hans		X
VERNAY André	BALLAY Jasmine	X
VOIDE Nicolas	BEYTRISON Anne-Marie	X

Parlamentsdienst: Benoîte Moulin, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Vertreter der GPK: Pascal Bridy (Vormittag), Erno Grand (Nachmittag)

Vertreter der FIKO: Manfred Schmid (Vormittag), Georges Emery (Vormittag), Markus Truffer (Nachmittag)

Departement für Finanzen, Institutionen und Gesundheit: Maurice Tornay, Staatsrat; Philomène Meilland, Controllingverantwortliche; **Dienststelle für Gesundheitswesen:** Georges Dupuis, Dienstchef; Victor Fournier, Sektionschef; **Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen:** Elmar Pfammatter, Kantonschemiker, Dienstchef; Jérôme Barras, Kantonstierarzt;

Departement für Sicherheit, Sozialwesen und Integration: Esther Waeber-Kalbermatten, Staatsrätin, Vorsteherin des DSSI; Anne-Laure Zufferey, wissenschaftliche Mitarbeiterin Departementscontrolling; **Dienststelle für Sozialwesen:** Simon Darioli, Dienstchef; Pascal Dubuis, Finanzverantwortlicher; **Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse:** Nicolas Bolli, Dienstchef

Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: - -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilw.	<p>PM 3: Selbstkontrolle in den Metzgereien Die Homologierung der Guten Herstellungspraxis hat länger gedauert als erwartet, wodurch es nicht möglich war, alle Kontrollen fristgerecht durchzuführen. Diese Massnahme ist für 2012 erneut vorgesehen.</p> <p>PM 7: Ausführungsgesetz im Bereich der Gifte Das Gesetz und die Botschaft werden momentan erarbeitet und dem Grossen Rat 2013 unterbreitet. Es handelt sich um ein Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz. Sechs Dienststellen sind von diesem Gesetz betroffen.</p>
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja, teilweise	
Ergänzende Bemerkungen: Der Personalmangel scheint für die Nichterfüllung gewisser Massnahmen verantwortlich zu sein. Die Kommission bedauert dieses wiederholt auftretende Problem. Die Dienststelle weist darauf hin, dass die Kontrollpflicht und die Weisungen vom Bund auferlegt werden. Während ein Teil der Kontrollen geplant ist, finden die übrigen Kontrollen infolge von Beschwerden bezüglich Tierhaltung oder Hundebisse statt. Diese Aufgaben gehen auf Kosten der Routinekontrollen und die Dienststelle hat Mühe, ihre Aufgaben zu erfüllen. Allerdings können nicht private Unternehmen mit diesen Aufgaben betraut werden. Die Kontrolle der Tierhaltung und die Bearbeitung der Fälle von Hundebissen muss an selbstständige, kompetente und flexible Fachleute delegiert werden. Zudem braucht es Unterstützung bei der täglichen Bewältigung der Konflikte mit den Tierhaltern. Allgemein hat sich die Stellung des Tieres gewandelt und die Anforderungen werden immer höher. Seit den Siebzigerjahren hat sich in Sachen Tierschutz vieles verändert. Vor 15 Jahren gab es noch keine Hunderegelung. Mittlerweile braucht es Personal, um die Anwendung all dieser neuen Gesetze zu kontrollieren. Rund 15'000 Hunde werden von 0,6 VZÄ kontrolliert. Mit so wenig Personal kann keine Prävention mehr betrieben werden und die Kontrollen finden nur noch im Falle von Hundebissen statt. Auch im Bereich der Lebensmittelsicherheit sind die Anforderungen mit den europäischen Regelungen gestiegen. Allerdings schafft es die Dienststelle, sich um die gefährlichsten und schwerwiegendsten Fälle zu kümmern.		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	<p>Ind. 1: Anzahl der vom Lebensmittelinspektorat vorgenommenen Betriebsinspektionen Bei den 7% handelt es sich um schwerwiegende Fälle.</p> <p>Ind. 4: Anteil kontrollierter Betriebe Trotz der Anstellung von sechs neuen Kontrolleuren ist die Dienststelle nicht in der Lage, alle Kontrollen durchzuführen.</p> <p>Ind. 7: Tierseuchen-Monitoring Je nach Tierseuchen-Situation in der Schweiz variiert diese Zahl jedes Jahr und ist nicht im Voraus bekannt.</p> <p>Ind 10: Anzahl ermittelter Hundebisse</p>

		Es werden zwar alle Fälle behandelt, die Dienststelle kann die Dossiers aufgrund des Personalmangels aber nicht besser weiterverfolgen.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 2: Anzahl der mikrobiologischen und chemischen Analysen: Es gilt die gute Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen in diesem Bereich zu betonen. Der Personalbestand ist ausreichend.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	31: Die Überwachungskampagnen im Bereich der Tierseuchen sind äusserst kostspielig. Bei den Budgetprognosen ist man ziemlich grosszügig, da Tierseuchen unvorhersehbar sind. 43: Ein Kontrolleur war das gesamte Jahr 2011 krank und eine Kontrolleurin war im Mutterschaftsurlaub. Es fehlen also die Einnahmen von den Gemeinden, da die vorgesehenen Kontrollen nicht durchgeführt werden konnten.
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

1. Prioritäre Massnahmen

-

2. Indikatoren

-

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Die Kommission bedauert den chronischen Personalmangel, der auf Kosten der Kontrollen geht.

Dienststelle für Gesundheitswesen

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
1. Politische Ziele und Teilziele		
<p>Bemerkungen: <i>Die Kommission wünscht Informationen zur Umsetzung des politischen Teilziels 2.3 betreffend die interdepartementale Zusammenarbeit, um eine dem Bedarf an Pflegepersonal angepasste Ausbildung zu gewährleisten.</i> Es fanden regelmässige Kontakte zwischen dem DEKS und den Pflegeverantwortlichen (SMZ, APH und Verbindungsstrukturen) statt. Auf Bundesebene stehen sich die Westschweizer und die Deutschschweizer Philosophie in Sachen Pflegeausbildung gegenüber. Die Westschweiz ist gegen die Schaffung eines HF-Ausbildungsgangs, da bereits eine FH-Ausbildung existiert. In der Deutschschweiz hingegen wird der Ruf nach Anerkennung eines HF-Ausbildungsgangs immer lauter. Eine Lösungsmöglichkeit bestünde in der Einführung einer spezialisierteren Berufsausbildung, die mit einem Fähigkeitszeugnis oder einem Fachausweis abgeschlossen wird. Allgemein setzt die Dienststelle alles daran, um den Mangel an Pflegepersonal zu bekämpfen. Momentan bleibt nur der Rückgriff auf ausländisches Personal, was allerdings keine langfristige Lösung darstellt. Der Personalbedarf (Pflegefachmann/-frau, Pflegeassistent/-in...) liegt bei 0,6 bis 1 VZÄ pro APH-Bett. Unter den aktuellen Subventionierungsbedingungen kann den APH diese Norm nicht aufgezwungen werden.</p>		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilw.	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>PM 4: Analyse der Schlussfolgerungen des Audits <i>Haben gewisse Gruppen ihre Arbeit schon abgeschlossen?</i> Infolge des Audits wurde das GNW Anfang September 2011 mit fünf Themenbereichen betraut, die im Rahmen von Arbeitsgruppen behandelt werden sollten. Fünf Wochen später trat der Verwaltungsrat in corpore zurück. Der neue Verwaltungsrat wurde mit der Begleitung der Arbeitsgruppen betraut. Für die Gesetzgebungsarbeiten wurde eine ausserparlamentarische Kommission ernannt. Die Diskussionen bezüglich Gesundheitsobservatorium werden fortgeführt, wobei die Erstellung von Statistiken Sache des Departements bleiben soll. Gegen die Spitalliste wurde Beschwerde eingereicht. Das Departement möchte sich allerdings nicht zu einem laufenden Verfahren äussern. Die Dienststelle führte Gespräche mit den Leistungserbringern, die nicht Teil des Spitals Wallis sind. Dabei wurden auch die Spitalplanung und die Aufteilung der Disziplinen erörtert, um die Zusammenarbeitsmöglichkeiten auszuloten. Die Planung kann nämlich auch durch Entscheide ausserhalb der KVG-Planung beeinflusst werden, wenn im Wallis beispielsweise Privatkliniken eröffnet werden, welche die gleichen Leistungen anbieten. Das Angebot würde nicht mehr den KVG-Wirtschaftlichkeitsstandards entsprechen, weshalb der Dialog mit sämtlichen Leistungserbringern gesucht wurde. Die privaten Akteure stellen rund 6% der Tätigkeit dar. Die chronischen Krankheiten werden zu 100% durch das GNW abgedeckt.</p> <p><i>Wie sieht es mit der Anzahl gemeldete Zwischenfälle und der für deren Prüfung zuständigen kantonalen Kommission für die Patientensicherheit und die Pflegequalität aus?</i> Pro Monat gibt es rund drei Fälle, die direkt der Dienststelle für Gesundheitswesen gemeldet werden. Direkt an die betroffenen Gesundheitsfachpersonen gerichtete Beschwerden (z.B. GNW) werden direkt von der Anstalt behandelt. Nötigenfalls stehen verschiedene Rechtswege offen. Die Kommission ihrerseits ist stets einsatzbereit.</p> <p>PM 10: Revision des Gesetzes über die Langzeitpflege Da gegen dieses Gesetz das Referendum ergriffen wurde, bleiben die bisherigen Gesetzestexte in Kraft, was bedeutende finanzielle Auswirkungen auf die Rechnung 2012 hat. Im Rahmen der NFA II waren das Gesetz über die Langzeitpflege und das Gesetz über die Harmonisierung der Finanzierung der</p>		

Sozialsysteme sowie der Systeme für die soziale und berufliche Eingliederung miteinander verknüpft, was die Aufteilung der Finanzierung (70% Kanton, 30% Gemeinden) anbelangt. Für diese beiden Gesetze war ein spezifisches Referendumsverfahren vorgesehen. Trotz der Hinweise des Staatsrates, der das Referendumskomitee auf die begrenzte Zulässigkeit des Referendums hingewiesen hatte, wurden 3'600 Unterschriften gegen lediglich eines der beiden Gesetze gesammelt. Die Verschiebung des Inkrafttretens des Gesetzes über die Langzeitpflege kostet den Kanton rund 23 Millionen Franken. Zudem muss sich der Kanton in Geduld üben, was die Einnahmen von rund 15 Millionen Franken aufgrund des Gesetzes über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme anbelangt, da dieses Gesetz noch nicht in Kraft getreten ist. Für das Jahr 2012 sind also nicht budgetierte Ausgaben von rund 23 Millionen Franken zu verzeichnen. Die Staatskanzlei prüft gegenwärtig die Gültigkeit des Referendums.

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja, teilweise	Ind. 15-17: Die APH veröffentlichen ihre Zahlen am 30. April, weshalb sie für die Erstellung dieses Berichts noch nicht verfügbar waren. Ind. 4: Anzahl erteilte Berufsausübungsbewilligungen Gegenwärtig läuft in den Spitälern ein Assistenzprogramm. Hierbei handelt es sich um eine Ausbildungsunterstützung, deren Auswirkungen erst in fünf Jahren spürbar sein werden.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Teilw.	Ind. 10: Anzahl Vollzeitstellen beim GNW Das GNW liefert die definitiven Zahlen für die eidgenössischen Statistiken am 30. April. Theoretisch könnten diese Zahlen bereits früher geliefert werden. Da die Berechnung der eidgenössischen Statistiken bereits sehr komplex ist, wäre eine Lieferung dieser Zahlen im Januar und im April in den Augen der Dienststelle allerdings eine Zeitverschwendung.
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Ind. 8: Anzahl Krankentage Geriatrie Diese Tendenz lässt sich seit rund zwölf Jahren beobachten. Man stellt eine Abnahme der Anzahl Hospitalisierungen in der Geriatrie und eine Zunahme der Anzahl APH-Betten fest. Heute wird eine raschere Verlegung in ein APH oder die Rückkehr nach Hause bevorzugt.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja, teilweise	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Nein	38: Können die Zuweisungen an die Spezialfinanzierungsfonds genauer erläutert werden? Wurden die im Investitionsbudget vorgesehenen Geldmittel zur Beschaffung oder zur Realisierung der in den Leistungsaufträgen festgelegten Vorhaben auf Ende des Rechnungsjahres nicht voll ausgeschöpft, können sie im Sinne einer <u>Vorfinanzierung</u> einem Spezialfinanzierungskonto zugewiesen werden. Die Entnahme aus dem Spezialfinanzierungskonto erfolgt mit der tatsächlichen Beschaffung oder Verwirklichung der Leistung oder durch deren Streichung im Leistungsauftrag. Die Spezialfinanzierungskonti sind in jedem Fall auf eine Ausgleichsperiode von drei Jahren pro Projekt beschränkt (Art. 22 Abs. 3 FHG).
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> 48: Das Projekt zur Informatisierung der APH und der SMZ kommt gut voran. In der nächsten Etappe wird es um die Patientendossiers gehen. Die APH wollen allerdings die Informatisierung der Verwaltung		

abschliessen, bevor die Patientendossiers in Angriff genommen werden. Die Subventionen für die Anfangsinvestitionen beliefen sich auf 20 Millionen Franken über 12 Jahre. Der Gesundheitsstempel wird auf den Verwaltungshandlungen (Grundbuch, Motorfahrzeugkontrolle) erhoben, um die Gesundheitsförderung zu finanzieren.

Detaillierte Angaben zur Erhöhung des Aufwands der Laufenden Rechnung seit 2009:

- 20 Millionen Franken für die Langzeitpflege,
- 13 Millionen Franken für die Subventionierung der Krankenkassenprämien,
- 15 Millionen Franken für das GNW,
- 1 Million Franken für die KWRO,
- 2 Millionen Franken für die SMZ.

Total: 51 Millionen Franken

5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: Wie sieht es mit der vakanten Stelle des Kantonsarztes aus. Die Dienststelle hat noch keinen Nachfolger gefunden.		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

Indikatoren: Die Kommission weist insbesondere darauf hin, dass die Anzahl VZÄ beim GNW sowie die Zahlen der SMZ nach wie vor nicht fristgerecht vorliegen.

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

La Castalie

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen	Ja	

ausreichend?		
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	-
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja, teilweise	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
5. Personal		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> Gegenwärtig und für zwei weitere Jahre ist der Staat für das Personalmanagement der Castalie zuständig. Was ist für die Zukunft geplant und was geschieht mit den Personen, die sich gegenwärtig um das Personalmanagement der Castalie kümmern? Eine Person wurde angestellt, um den Übergang in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Personalmanagement zu gewährleisten. Die Unterstützung seitens der Dienststelle für Personalmanagement ist allerdings nicht für die gesamte Periode vorgesehen. Der Übergang verläuft reibungslos. Es besteht weiterhin ein Mangel an ausgebildetem Personal.		
6. Zusätzliche Informationen		
<u>Bemerkungen:</u> -		

II. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht	Nein	

der Planung entspricht?		
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?		
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
Ind. 6: Anzahl Kontrollen aufgrund der Leistungsvereinbarung mit dem seco		
Unter den 445 kontrollierten entsandten Arbeitnehmenden waren 179 Selbstständigerwerbende. In einem Zeitraum von 5 Jahren wurden 1'300 Unternehmen aus der EU in der Schweiz verboten, darunter rund zwanzig im Wallis infolge der im Jahr 2011 durchgeführten Kontrollen.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Nein	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	-	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	31: Erläuterungen: Diese 40'000 Franken stehen für Expertenmandate (Evaluation der Risiken von neuen Anlagen) zur Verfügung. Diese Beträge werden anschliessend den betroffenen Unternehmen weiterverrechnet.
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
5. Personal		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> <i>Ist der Transfer einer Stelle zur KDI vorübergehend?</i>		
Nein, die Dienststelle für Informatik schliesst die Einführung des integrierten Systems ab. Die Zusammenarbeit mit der KDI war ausgezeichnet.		
6. Zusätzliche Informationen		
<u>Bemerkungen:</u> -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

Keine Bemerkungen

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Dienststelle für Sozialwesen

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u>		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja, teilweise	

Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja, teilweise	<p>PM 1: Anpassung der sozialen Integrationsmassnahmen für die Klienten der Sozialhilfe</p> <p>Im Jahr 2012 steht die Umsetzung der neuen Bestimmungen im Vordergrund. Das Ausführungsreglement ist in Kraft. Die Kriterien für eine Befreiung vom Verfahren zur Beurteilung der Arbeitseignung sind restriktiv. Befreit sind Personen, die einer regelmässigen beruflichen Tätigkeit von mindestens 80 Prozent nachgehen, Jugendliche und junge Erwachsene in schulischer oder beruflicher Ausbildung, Personen, deren Arbeitsunfähigkeit über 50 Prozent durch ein neueres ärztliches Zeugnis bescheinigt wird, Personen, die alleine die elterliche Sorge eines Kindes von unter drei Jahren ausüben und Betagte über 65 Jahre. Im ersten Quartal des Jahres 2012 wurden rund 73% der Gesuchsteller befreit, meist aus medizinischen Gründen. Hier könnte der Beizug des Vertrauensarztes Sinn machen.</p> <p>PM 5: Auswertung der Ergebnisse betreffend den Verbleib zu Hause von behinderten Personen</p> <p>Die Finanzierung des Assistenzbudgets im Rahmen der 6. IV-Revision führt zu einer Halbierung der Hilflosenentschädigung, was einem Betrag von 1'500'000 Franken entspricht. Die Lastenverschiebung auf den Kanton muss noch analysiert werden. Die Auswirkungen verschiedener Massnahmen, wie das Coaching der Angehörigen zu Hause, können noch nicht beurteilt werden.</p> <p>PM 7: Einführung von mehrjährigen Leistungsaufträgen mit den Institutionen für erwachsene behinderte Personen</p> <p>Da das Budget jährlich festgelegt wird, können keine mehrjährigen Leistungsaufträge abgeschlossen werden.</p>
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja, teilweise	<p>Ind. 5: Anzahl zu realisierender Beherbergungsplätze</p> <p>Es wurde eine Umfrage durchgeführt, um den Bedarf der Institutionen zu eruieren. Die Schaffung neuer Beherbergungsplätze ist unabdingbar, hängt aber von den für 2013 gewährten Budgets ab.</p> <p>Ind. 14: Zahl der vorläufig Aufgenommenen <i>Handelt es sich um die neuen Dossiers?</i></p> <p>Es handelt sich um die Personen mit Ausweis F. Nach sieben Jahren finanziert der Bund die Kosten für diese Personen nicht mehr und der Kanton muss in die Bresche springen. Wie soll man also einen Asylbewerber, der bislang 500 Franken pro Monat erhalten hat und jetzt Anrecht auf Sozialhilfe in Höhe von 1'070 Franken pro Monat hat, davon überzeugen, dass er sich eine Stelle suchen soll. Aus diesem Grund werden für diese Personen (F+7) die Asylnormen für drei zusätzliche Jahre beibehalten. Dies betrifft 450 der insgesamt 854 vorläufig Aufgenommenen.</p> <p>Ind. 15: Verhältnis indirekter Aufwand/Zahl der</p>

		<p><i>Asylbewerbenden und vorläufig Aufgenommenen</i></p> <p>Es handelt sich um eine Momentaufnahme. Im Vergleich zu 2010 hat sich die Zahl der Gesuche im Jahr 2011 verdoppelt. Insgesamt sind 800 Personen angekommen. In einer ersten Phase wurden sie in einem Erstaufnahmezentrum in Visp (70) und St-Gingolph (bis zu 70) untergebracht. Im Zweitaufnahmezentrum ist eine Zunahme der Anzahl Neuankömmlinge und der Ausschaffungen zu verzeichnen. Der beträchtliche Turnus führt zu einer Arbeitsüberlastung und bedingt zusätzliche Ressourcen.</p>
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> -		
5. Personal		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> -		
6. Zusätzliche Informationen		
<u>Bemerkungen:</u> -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Der Präsident

Die Berichterstatlerin

Didier Cachat

Danielle Schmid



Grand Conseil
Commission de l'éducation, de la formation, de la culture et des sports

Grosser Rat
Kommission für Erziehung, Bildung, Kultur und Sport

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2011

Verwaltungs-, Rechts- und Sportdienst
Kantonale Dienststelle für die Jugend
Dienststelle für tertiäre Bildung
Dienststelle für Unterrichtswesen
Dienststelle für Berufsbildung
Dienststelle für Kultur
Dienststelle für Informatik

Die Kommission EBKS ist am Freitag, 20. April 2012 von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr, im Konferenzraum 5, Porte de Conthey, Sitten zusammengetreten.

Kommission EBKS

Mitglieder	Vertreten von	20.04.2012
KUONEN Urs, Präsident, CVPO		X
RAUSIS Joachim, Vizepräsident, PDCB		X
BOURGEOIS Gaël, Berichterstatter, ADG		X
ALLENBACH Alexander CSPO		X
DELITROZ Pierre-Alain, PDCC		X
FOURNIER Yves, PLR		X
GAUCHAT Marc-Henri, PLR	MARQUIS Gervaise	X
KREUZER Michael, SVPO/FW		X
MOOSER THELER Helena, ADG	TRUFFER Gilbert	X
PENON Jean-Pierre, PLR		X
REY Jérémie, PDCC		X
WALKER SALZMANN Graziella	BUMANN Konstantin	X
Z'GRAGGEN Sonia, ADG		X

FIKO: PHILIPPOZ Freddy

GPK : LEGER Laurent

Parlamentdienst: Sierro Nicolas, wissenschaftlicher Mitarbeiter

DEKS:

ROCH Claude, Staatsrat, Departementsvorsteher
BONVIN François, Controllingverantwortlicher des DEKS
DUC Arsène, Chef des VRSD
NANCHEN Christian, Chef der KDJ
LOVEY Jean-François, Chef der DU
MABILLARD Pascal, DU
BUMANN Stefan, Chef der DTB
CRETTON Yves, wissenschaftlicher Mitarbeiter DTB
POTTIER Claude, Chef der DB
REY Alexandre, Adjunkt bei der DB
Jacques CORDONIER, Chef der DK

Allgemeine Informationen zur Rechnung 2011 des Departements

Das Budget 2011 wurde eingehalten. Das Departement hat die Rückstellungen auf die Investitionen um 3 Millionen Franken erhöht, da sich die Subventionen an die Gemeinden in den künftigen Jahren als problematisch erweisen könnten. Dieser Betrag wurde gemäss Staatsratsentscheid dem Restbetrag eines anderen Departements entnommen. Das Departement antizipiert die Subventionierung von künftigen Grossprojekten im Bereich der Schulhausbauten für einen geschätzten Betrag von 40 Millionen Franken in den Jahren 2015-2018. Dank dieser zusätzlichen Rückstellung, die wahrscheinlich ebenfalls im Jahre 2012 vorgenommen wird, sollten Nachtragskreditbegehren vermieden werden können. Der Kanton entrichtet die Subventionen spätestens vier Jahre nach Abschluss der Arbeiten.

Was das Personal anbelangt, so können Vergleiche durch den Umstand erschwert werden, dass sich das Schuljahr und die Anstellungen auf den Zeitraum von September bis August erstrecken, während das Rechnungsjahr von Januar bis Dezember dauert. Der Departementsvorsteher ist der Ansicht, dass bereits bedeutende Sparanstrengungen bei der Rubrik 31 unternommen wurden. Weitere Einsparungen könnten zu Blockierungen führen, insbesondere im Bereich der Schulinformatik.

Verwaltungs-, Rechts- und Sportdienst

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
1. Politische Ziele und Teilziele		
PZ 2 betreffend Sprachaustausche: Das Departement will diese Austausche fördern und ausbauen. Die Formulierung des Teilziels wird im Rahmen des Budgets 2013 überarbeitet werden. Laut Departement wurden umfangreiche Mittel namentlich im Bereich der Lehrerausbildung gewährt.		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PZ 1 PM 2 Qualitätsindikatoren: Die Verbesserung wird für die kommenden Rechnungsjahre erwartet. PZ 2 PM 3 J+S Kids: Das Bundesamt ist sich der Probleme im Zusammenhang mit diesem Konzept, das überarbeitet wird, bewusst.		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Nein	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	-	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> PZ 1 IND 1 Durchschnitt der gewährten Stipendien: Angesichts der Gesetzesänderung wurde nur das Winterhalbjahr 2011 verbucht. Nächstes Jahr wird der Indikator deutlich höher ausfallen (idem für IND 2). IND 3 Zunahme der Anspruchsberechtigten mit dem neuen Gesetz. IND 5 Bruttobetrag der Stipendien: Der Rückgang um 150'000 Franken ist auf die vom Parlament		

verlangten Sparanstrengungen (Reduktion der Rubrik 36) zurückzuführen.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	33-36-42-46-62
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> 33: uneinbringliche Darlehen. Der Staat gibt die Forderung auf, wenn die betroffene Person gestorben oder zu 100% IV-Bezüger ist. Manchmal verlassen die betroffenen Personen das Land oder den Kanton. Allerdings wird immer ein Eintreibungsverfahren eröffnet. 36: Das neue Gesetz über die Ausbildungsbeiträge führt zu einer Zunahme der Stipendien. Diese Zunahme wird durch eine Abnahme bei der Rubrik 52, wo die Darlehen verbucht werden, kompensiert (vgl. IND 1 und IND 4). Eine weitere Zunahme ist bei den durch den Sportfonds gewährten Beiträgen (Beiträge an die Gemeinden und an die Verbände) zu verzeichnen. Der Saldo des Sportfonds beträgt 0. 52: Mit dem neuen Gesetz wurden die bereitgestellten Darlehensbeträge vollständig ausgeschöpft (positiver Effekt des Gesetzes). Gegenwärtig sind noch Darlehen in der Höhe von 60 Millionen Franken offen. Dies kostet den Staat 1 Million Franken netto pro Jahr.		
5. Personal		
Zwei Buchhalter wurden von der DB zum VRSD versetzt. Auf diese Weise soll eine einheitliche buchhalterische Behandlung der Geschäfte des Departements gewährleistet werden.		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

Verschiedenes:

Die Ablehnung der interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen wird keine bedeutenden Auswirkungen haben, da das kantonale Gesetz die Bestimmungen der Vereinbarung zum Grossteil übernimmt.

Palladium und Leukerbad: gemäss der Vereinbarung läuft der Vertrag Ende 2011 ab und die letzte Auszahlung wird aufgrund der Kontrolle durch das kantonale Finanzinspektorat im Jahre 2012 erfolgen. Der Staatsrat hat den Grundsatz angenommen, wonach der Staat den Kantonsanteil an den IHG-Darlehen (3,9 Kantonsanteil, 1,6 Bundesanteil) übernimmt und inskünftig nichts mehr zahlen wird. Der Konkurs der Eissportzentren wäre die schlechteste Variante und die IHG-Darlehen wären sowieso verloren. Champéry versucht, Alternativen zu finden (Curling, Eishockey) und es scheint eine Lösung mit Implanzia betreffend einen geschuldeten Betrag in der Höhe von 1 Mio. Franken gefunden worden zu sein. In Leukerbad sind die Verhandlungen noch im Gange.

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

Überarbeitung des politischen Teilziels 2 betreffend Zweisprachigkeit.

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-

Dienststelle für tertiäre Bildung

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
1. Politische Ziele und Teilziele		
<p><u>Eventuelle Bemerkungen:</u></p> <p>Der Grosse Rat hat die HES-SO-Vereinbarung angenommen. Die kantonale Gesetzgebung muss angepasst werden. Das Controlling wird im Zusammenhang mit der neuen Struktur wahrscheinlich für das Budget 2014 ändern.</p> <p>Das Wallis ist der erste Kanton, der diese Vereinbarung angenommen hat. Somit kann schon jetzt am kantonalen Gesetz gearbeitet werden. 2011 wurde die neue Organisation der HES-SO Wallis mit der Festlegung der neuen Strategie eingeführt. In Sachen Forschung und Entwicklung ist die Schule sehr aktiv und dynamisch und leitet mehrere Projekte in die Wege. Der Entscheid, den Wechselkurs CHF/EURO von 1.20 zu verteidigen, hat sich für die Schule positiv ausgewirkt: Sie hat mehrere Aufträge in Euro erhalten.</p> <p>Die Zahl der Studierenden ist 2011 um rund 350 gestiegen. Das Departement freut sich über die Attraktivität der HES-SO Wallis und ist der Meinung, dass diese Zahl in den kommenden Jahren noch steigen wird.</p> <p>Folge der Zunahme der Zahl der Studierenden und der Entwicklung der HES-SO Wallis ist der Platzmangel. Container dienen als Klassenzimmer und Arbeitsräume.</p> <p>Teilziel 4: <i>Weiterentwicklung der universitären Bildung und Forschung im Wallis</i> Die Schaffung von 11 Lehrstühlen der EPPL ist ein viel versprechendes Projekt. Die Bereiche Energie und Biotechnologie sind zukunftsfruchtig. Es geht nicht darum Bereiche zu übernehmen, die für die EPFL weniger interessant sind.</p>		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>PM 5 Umsetzung eines Konzeptes zur Qualitätssicherung der PH-VS: Im Qualitätsbericht werden die Qualität und die Kompetenzen der Lehrpersonen als gut bis sehr gut beurteilt. Es gilt allerdings darauf hinzuweisen, dass nicht alle Dozenten Doktoranden sind. Die Politik des Departements hat aber nicht zum Ziel, die Anforderungen in diesem Bereich zu erhöhen. Was die Diplomierten anbelangt, so wurde den Schulzentren ein Fragebogen zugestellt (Evaluation durch eine Berufskollegin oder einen Berufskollegen). Die Resultate sind ebenfalls positiv. Der Bericht wird an die Kommission übermittelt.</p> <p>PM 6 Bilanz für die PH-VS Die Bilanz wird an die Kommission übermittelt.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Nein	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	-	
<p><u>Ergänzende Bemerkungen:</u></p> <p>IND 1: Ab der nächsten Rechnung wird die Zahl der Studierenden pro Bereich angegeben. Die Angaben pro Bereich für das Jahr 2011 werden der Kommission übermittelt.</p> <p>IND 9: Die Kommission wird Informationen zur Bezeichnung der Titel (Master-Diplome) erhalten.</p> <p>Betreffend den Mangel an Pflegepersonal: Ziel ist es, das erste Jahr in Châteauneuf zu verdoppeln. Arbeit in den Schulen. Staatsrat Roch forderte Herrn Pottier auf, die Möglichkeit der Einführung von</p>		

Fachausweisen zu prüfen. Im Gegensatz zur Deutschschweiz will die Westschweiz keine HF. Eine Möglichkeit zeichnet sich allerdings in St-Imier ab.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: Steigende Einnahmen haben zu einem Ausgleich der Rechnung geführt. Da die Einnahmen stark von der Zahl der Studierenden und der Aufträge abhängt, ist die Budgetierung schwierig. Die neue interkantonale Vereinbarung sollte die Finanzströme der HES-SO vereinfachen.		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

-

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-

Kantonale Dienststelle für die Jugend

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	

Ergänzende Bemerkungen:

PM 1 Leistungsverträge mit den Einrichtungen: Mit den Leistungsverträgen wird ein Pauschalfinanzierungssystem eingeführt. Die Verhandlungen sind im Gange.

Wie sehen die Verbindungen zwischen Pramont und der Dienststelle für die Jugend aus? Pramont ist unabhängig vom DEKS. Es handelt sich in erster Linie um eine Strafanstalt mit Erziehungsmassnahmen.

PM 5 Gespräche betreffend eine Erhöhung der Löhne der KleinkindererzieherInnen: Die Zahlen betreffend die vom Kanton entrichteten Beträge werden unterbreitet. Es wird erneut darauf hingewiesen, dass die Gemeinden vom Kanton über die übliche Lohnspanne informiert werden. Es handelt sich um Gemeindepersonal. Das Departement möchte sich nicht in Gemeindeangelegenheiten einmischen. Die Initiative muss von den Gemeinden ergriffen werden. Das Departement präzisiert zudem, dass – trotz der relativ tiefen Löhne – momentan kein Mangel an ausgebildetem Personal in diesem Bereich zu beklagen sei.

PM 6 Tag mit der Jugend: Die Dienststelle wird sich vergewissern, dass die Antworten an die Jugendlichen übermittelt wurden.

PM 10 Logopädie und Psychomotorik: Die Dienststelle zeigt sich angesichts der sich bestätigenden Tendenz besorgt. Rund 280 Kinder warten auf eine Betreuung (2'700 Kinder werden begleitet, davon 1'700 durch das ZET). Die Antworten der Dienststelle (kollektive Betreuung, kürzere Sitzungen) sind ungenügend. Allgemein kommen die privaten Logopäden nur sehr selten in die Schulzentren und so müssen sich die Eltern und ihre Kinder während der Schulstunden zu den Logopäden begeben. Laut Dienststelle haben mehrere Logopäden dem öffentlichen Dienst den Rücken gekehrt, um sich angesichts der besseren Bedingungen (mehr Lohn, weniger Reisen) selbstständig zu machen.

PM 13: Leistungsvertrag mit dem GNW (Kinderpsychiatrie): In der Praxis arbeiten die Fachleute bereits zusammen, aber die Aufgaben müssen formalisiert und der Vertrag 2012 unter Dach gebracht werden.

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Nein	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	-	
Ergänzende Bemerkungen: -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	

Ergänzende Bemerkungen:

36: Die Überschreitung ist in erster Linie auf die ausserkantonalen Platzierungen zurückzuführen. Im Oberwallis platzt die einzige Institution Anderledy aus allen Nähten. Die Eröffnung von Mattini in Brig hätte hier eine gewisse Entlastung gebracht, aber das Projekt wurde durch Einsprachen der Nachbarn verzögert. Mattini dürfte in zwei bis drei Jahren seine Tore öffnen. Die französischsprachigen Kinder werden ebenfalls in geschlossenen Abteilungen ausserhalb des Kantons untergebracht. Diese Unterbringungen werden oft vom Jugendgericht angeordnet und die Dienststelle für die Jugend hat keinen Einfluss auf diese Entscheide. Die Durchschnittskosten einer ausserkantonalen Platzierung belaufen sich auf 500 bis 600 Franken pro Tag und Person und können bis auf 800 Franken ansteigen.

Was die Platzierung von jungen Oberwallisern in französischsprachigen Institutionen anbelangt, weist die Dienststelle darauf hin, dass die Sprachprobleme ein grosses Hindernis darstellen und die bereits schwierigen Situationen noch schwieriger machen. Sie erklärt sich allerdings dazu bereit, neue Versuche

zu starten.		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

-

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-

Dienststelle für Berufsbildung

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen:		
<p>Teilziel 4: Sport für Lernende: Das Konzept und die Aufteilung der Sportstunden sind noch nicht definitiv. Lösungen werden in Martigny und im Oberwallis getestet. In Martigny haben die Lernenden alle zwei Wochen zwei Sportstunden. Im Oberwallis wird ein degressives Modell (mehr Sportstunden während der ersten Jahre) getestet. Der Sportunterricht wird jedenfalls schrittweise eingeführt. Inskünftig sollten die Schultage aus neun 45-minütigen Unterrichtseinheiten bestehen.</p> <p>Was den Kauf eines Grundstücks für die Sporthallen in Sitten anbelangt, so sind die Verhandlungen immer noch im Gange. Eine Einigung ist aber in Sicht.</p>		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	4 von 13 Massnahmen wurden teilweise realisiert.
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
<p>PM 5 Organisation der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungsstellen: Der Bericht wird der Kommission unterbreitet. Die Verordnung wird vorsehen, dass die administrativen Aufgaben ausserhalb der Schulstunden ausgeführt werden. Die Frage der jährlichen Aufteilung der Arbeitszeit der Berufsberater wird diskutiert. Der Übergang zur Jahresarbeitszeit für die Staatsangestellten ermöglicht eine Anpassung der Stunden aufgrund des Arbeitsaufwands.</p> <p>PM 10: Anerkennung der HF-Studiengänge: Die Anerkennungsverfahren sind im Gange und sollten 2014 abgeschlossen sein. Die Studierenden werden eine nachträgliche Anerkennung (bis zum Studiengang 2008) ihres Diploms erhalten. Das Departement ist der Ansicht, dass die Anerkennung den</p>		

Kleinkinderbereich für männliche Studierende nicht attraktiver machen wird.		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> Die Definition der Indikatoren 1 und 7 ist problematisch. Sie werden anlässlich des Budgets 2013 überarbeitet werden. Für das Budget 2013 muss ein Qualitätsindikator betreffend Lehrbetriebe gefunden werden. IND 8: Die Verordnung für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung wird dem Staatsrat im Juli hinsichtlich eines Inkrafttretens zu Beginn des Schuljahres 2012-2013 unterbreitet. IND 13: Zahl der Orientierungsschüler pro Psychologen für die Berufsberatung Ziel ist es, die Beratung auf OS-Stufe zu verstärken. Die Dienststelle ist der Meinung, dass man die Ergebnisse im Zusammenhang mit den zusätzlichen Posten, die eine Stabilisierung der Struktur in den OS ermöglicht haben, abwarten muss, bevor ein Ressourcentransfer von der Sekundarstufe II zur Sekundarstufe I ins Auge gefasst wird.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u> 31: Die Budgetüberschreitung um Fr. 500 000.- für die Berufsfachschule Oberwallis betrifft die Werkstätten von Visp. Es fehlte ein Betrag für sämtliche Einrichtungen, die durch das ordentliche Budget finanziert werden müssen. 38-39-46-48: Die buchhalterische Änderung wird im Dokument erläutert.		
5. Personal		
<u>Eventuelle Bemerkungen:</u> Die Zunahme der Zahl der Studierenden führt zu einer Zunahme der Anzahl Klassen und des Personalbedarfs.		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

Indikatoren: Die Indikatoren 1 und 7 müssen für das Budget 2013 überarbeitet werden. Es muss ein Qualitätsindikator für die Lehrbetriebe definiert werden.

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Kantonale Dienststelle für Informatik

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
<p>Die auf 5 oder 10 Jahre ausgelegten Ziele werden momentan erarbeitet. Sie werden anlässlich des Budgets 2013 unterbreitet werden. Läuft alles reibungslos unter SAP? Dies ist eine komplexe Problematik, die Analysen laufen. Zudem stellen sich die analytischen Fragen. Auf Ebene der Steuerverwaltung läuft die Migration auf SAP (2012 und 2013). Es gibt Fortschritte, der Knackpunkt aber ist die Kommunikation, insbesondere im Zusammenhang mit dem Internet und der elektronischen Stimmabgabe (die Testswerten Ende Jahr präsentiert). Diese Punkte werden umgesetzt, vom Staatsrat angenommen, von der Informatik geprüft,...Sie werden also anlässlich des nächsten Budgets erörtert.</p> <p>Zwingende Unterscheidung zwischen der Verantwortung und der delegierten Zuständigkeit der Dienststelle. Diese beiden Aufgaben müssen im vorliegenden Leistungsauftrag getrennt werden.</p>		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Nein	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Teilw.	
<p>Ergänzende Bemerkungen:</p> <p>15: Wie ist der Stand in Sachen kantonale Einwohnerkontrolle? Es wurden zwar alle Daten geliefert, aber es gab kein Feedback?</p> <p>Der Staatsrat sucht nach Antworten und wird diese mit dem Protokoll liefern. Allerdings muss daran erinnert werden, dass die Dienststelle hier keine Verantwortung trägt. Es muss zwischen Verantwortung und Vermittlerrolle der Dienststelle unterschieden werden.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<p>Die Informatik hängt stark von den Benutzern ab (ValLogis: niemand ist damit zufrieden / Punkt 7). Der Staatsrat arbeitet nur noch mit Tablets und das funktioniert zur vollsten Zufriedenheit. Es muss eine koordinierte Archivierung innerhalb der Departemente eingeführt werden (Papier- und Zeiteinsparungen). Für gewisse Dokumente des Grossen Rates müsste der gleiche Ablauf vorgesehen werden. Der Staatsrat ist also bereits jetzt «papierlos».</p> <p>Die eingeschränkte Bearbeitungsmöglichkeit der Dokumente wird angesprochen. Es ist allerdings nur logisch, dass ein Dokument zur Bearbeitung gesperrt wird, sobald es vom Departementvorsteher angenommen worden ist.</p> <p>Die Interpretation der gelieferten Indikatoren bereitet der Kommission EBKS einiges Kopfzerbrechen.</p> <p>16: Die Frage ist in den Gemeindebudgets noch nicht geklärt. Der Bericht liegt dem Staatsrat noch nicht</p>		

vor. Eine präzise Antwort kann erst nach Kenntnisnahme des Berichts abgegeben werden.

8: Die Verantwortung liegt beim GNW, die Dienststelle hat lediglich eine beratende Funktion. Allerdings kümmert sich die Dienststelle um gewisse operative Aspekte, die in einem Leistungsauftrag festgelegt sind. Allenfalls müssen neue Verträge geprüft werden. Keine strategische, sondern lediglich eine operative Verantwortung. Dies wird für das Budget 2013 korrigiert werden.

4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: 31: Ein Projekt erstreckt sich über zwei Jahre und 2012 fand ein grösserer Übertrag statt. Die Einsparungen belaufen sich auf 301'000 Franken, der Rest wurde übertragen. Es gibt grosse Projekte, die allerdings in die Laufende Rechnung einfließen.		
5. Personal		
-		
6. Zusätzliche Informationen		
-		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

1. Prioritäre Massnahmen

Die Ämter des Delegierten und des Dienstchefs werden 2013 getrennt und die Ziele entsprechend angepasst werden.

Es muss zwischen den Projekten, die in der Verantwortung der Dienststelle liegen, und den Projekten, welche die Aufgaben des Informatikdelegierten betreffen, unterschieden werden.

2. Indikatoren

Es muss zwischen den Projekten, die in der Verantwortung der Dienststelle liegen, und den Projekten, welche die Aufgaben des Informatikdelegierten betreffen, unterschieden werden.

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Der Dienstchef ist entschuldigt (Krankheit und Ferien). Seine mehrmonatige Abwesenheit war nicht unproblematisch, aber das Tagesgeschäft wurde gut bewältigt.

Herr Hatt wird Informatikdelegierter (Koordination der grossen Projekte des Staatsrates auf Ebene des Staates Wallis) für sämtliche User-Aspekte. Herr Berclaz übernimmt die Interimsvertretung.

FIKO: Forderte eine Stellungnahme zur Problematik der Doppelfunktionen. Die FIKO fragt sich, ob diese Dienststelle wirklich beim DEKS bleiben soll. Es werden entsprechende Überlegungen

angestellt werden, denn die Informatik betrifft sämtliche Dienststellen und sollte allenfalls direkt dem Staatsrat angegliedert werden.

GPK: Standortbestimmung in Sachen Reorganisation der Dienststelle.

Claude ROCH: Die laufende Reorganisation wurde zugunsten einer anderen Reorganisation gestoppt. Es sind keine Doppelfunktionen vorgesehen. Bleibt noch die Festlegung der Pflichtenhefte.

Präsident EBKS: Welche Werkzeuge wurden eingeführt, um diese Problemstellungen zu lösen?

Claude ROCH: Lösungen werden erarbeitet und in der neuen Legislaturperiode umgesetzt. Die hauptsächlichlichen Projekte sind SAP, ECM, Steuerwesen...

Jérémie REY: Informatiklösung des GNW? Wie sieht es mit dem Vorschlag zur Einführung einer gemeinsamen Software für die Spitäler, APH usw. aus?

Claude ROCH: Dies liegt in der Verantwortung einer selbstständigen Einheit, dem *Spital Wallis*. Die Dienststelle nimmt lediglich eine beratende Funktion wahr. Es wird allerdings nicht ein einheitliches System sein, da die Bedürfnisse zu unterschiedlich sind.

Yves FOURNIER: Brauchen die APH wirklich ein zentralisiertes System? Dies würde eine potenzielle Effizienzsteigerung und eine Entlastung der Dienststelle bringen. Es handelt sich nicht unbedingt um eine prioritäre Massnahme im eigentlichen Sinne.

Claude ROCH: Es braucht eine Koordination.

Dienststelle für Unterrichtswesen

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
1. Politische Ziele und Teilziele		
<p><u>Erziehungs- und Ausbildungsprioritäten</u></p> <p>Gesetz über die Orientierungsschule: Alles verläuft im Einklang mit den Zielsetzungen, einschl. auf finanzieller Ebene. Die Einführung des ersten OS-Jahres verläuft zufriedenstellend. Die 9 Inspektoren bestätigen einen Zufriedenheitsgrad von fast 90%. Die Einführung des 2. und 3. Jahres ist im Gang. Im deutschsprachigen Kantonsteil wird ein Mangel an qualifizierten Lehrpersonen beklagt.</p> <p>NFA II: Die Vorbereitungen laufen und es wird zu tief greifenden Veränderungen beim DEKS kommen. Die Gemeinden stellen heute noch Lehrpersonen an. Ab dem 1. September 2012 werden die Lehrpersonen zum Kantonspersonal zählen. Dem Staatsrat werden noch diesen Sommer Verordnungsentwürfe betreffend das Statut und die Besoldung dieser Lehrpersonen unterbreitet.</p> <p>Gesetzesentwurf über den Primarschulunterricht Der Vorentwurf wurde dem Departementsvorsteher unterbreitet und das Vernehmlassungsverfahren gestartet. Die Vernehmlassung läuft bis zum 20. Juni 2012. Es handelt sich um eine Reform des Kindergarten- und Primarschulunterrichts, die im Einklang mit HarmoS steht.</p> <p>Der Quotient wird am Ende und nicht am Anfang des Schuljahres genutzt. Die spezifische Bedarfsanalyse wird individuell für die Kollegien vorgenommen. Mit dem Quotienten sollen hingegen zu grosse Unterschiede vermieden werden.</p>		

Sekundarstufe II: Das Reglement über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen erfährt eine Änderung. Die Regeln für die Anerkennung der *zweisprachigen Maturität* werden strenger. Die Kosten für einen zweisprachigen Bildungsgang sind beträchtlich (z.B. Siders): Es müssen zwei Kindergartenklassen eröffnet werden, wobei in der OS nur noch eine Klasse bleibt. Diese Kosten sind akzeptabel und es wird an diesem Bildungsgang festgehalten. Diese Regeln im Bereich der zweisprachigen Maturität werden am 1. Januar 2013 erneut geprüft.

Mobile Einheiten: Es handelt sich hierbei um eine Ergänzung zu den Anschlussklassen. Auf Stufe OS werden Schülerinnen und Schüler, welche im Schulbetrieb bedeutende Verhaltensauffälligkeiten aufweisen, in Anschlussklassen untergebracht. Auf Primarstufe gehen die Erzieher direkt auf die betroffenen Schülerinnen und Schüler zu. Demnächst wird eine Bilanz gezogen, aber die ersten Echos sind positiv. Je früher man interveniert, desto besser. All dies wird momentan mit den vorhandenen Ressourcen bewerkstelligt.

Beobachtungsklasse: Jérémy REY wünscht eine Bilanz in Sachen mobile Einheiten und Beobachtungsklassen.

Der Dienstchef erinnert daran, dass das Angebot im Bereich der Beobachtungsklassen vorhanden ist und die Kantonsbehörden die Wahl lassen. Der Entscheid ist Sache der Gemeinden oder der Gemeindeverbände. Im Auftrag des Staatsrates wird momentan ein kantonales Sonderschulkonzept erstellt. Das Schweizer Konzept legt den Schwerpunkt klar auf die Integrationsmassnahmen. Zum Wohl des Kindes können allerdings unterschiedliche Massnahmen ergriffen werden.

Rückerstattung der Reisekosten: Insgesamt funktioniert das System, wobei die Verwaltung alles andere als einfach ist. Die Motion Gaillard ermöglichte die Einführung des Rail Checks. Es geht dabei um mehr als 6'000 Rail Checks. Allerdings wird es kompliziert, wenn es zu einem Umzug, einer Scheidung, Veränderungen im Laufe des Jahres usw. kommt. Der Begriff des Wohnsitzes ist nicht immer einfach handzuhaben.

PER: Yves FOURNIER: Die Einführung auf Stufe Kindergarten und 3P scheint problematisch zu sein (diesbezügliches Postulat). Das Wallis darf nicht überhastet handeln. Die vielen Neuerungen sind nur schwer zu verdauen und es wird eine schrittweise Einführung gefordert (Gefahr des Effizienzverlusts).

Der Dienstchef erklärt, dass sich die Lehrpersonen bislang nicht über die bisher eingeführten Neuerungen beschwert haben. Muss dieser Rhythmus beibehalten werden? Die OS-Direktionen haben beispielsweise die gleichzeitige Einführung des PER und des OS-Gesetzes begrüsst. Momentan werden entsprechende Abklärungen durchgeführt.

2. Prioritäre Massnahmen

Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?

Ja

Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?

Ja

Prioritäre Massnahme 9: Kann dieser Bericht unterbreitet werden? => JA. Die Fortsetzung des Berichts ist noch ausstehend und wird der Kommission baldmöglichst unterbreitet werden. Diese Berichte werden von einer von Stéphane RODUIT (Informatikkoordinator) präsidierten und aus Vertretern der Schuldirektionen, der Gemeinden und des Departements bestehenden Kommission erstellt.

3. Leistungsindikatoren

Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?

Nein

Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?

-

6: neuer Indikator gemäss Forderung der Kommission.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Nein	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	-	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<p>J-F Lovey: Die Dienststelle für Unterrichtswesen ist eine finanzintensive Dienststelle. Die Abweichung beträgt 0,1% beim Nettoaufwand und 0,9% beim Finanzierungsfehlbetrag.</p> <p>56: Eigene Beiträge: Zum Zeitpunkt des Abschlusses des Jahres 2011 und der Planung des Jahres 2012 konnten die Zahlungen an die Gemeinden dank eines Überschusses in einer anderen Dienststelle à jour gebracht werden. Es wurden 3 Millionen Franken für die Subventionierung von Schulhausbauten entrichtet. Diese Beträge hätten so oder so entrichtet werden müssen. Sie konnten sie bereits 2011 anstatt 2012 entrichtet werden.</p> <p>L2/L3-Ausbildung der Lehrpersonen: Diese Beträge wurden beim Personalaufwand verbucht (Globalbetrag), da es in erster Linie um die Stundenentlastungen geht. Ab dem Budget 2012 wird es eine spezifische Rubrik geben.</p> <p>Auswirkungen der NFA II: Die Fakturierung der Gehälter des Lehrpersonals an die Gemeinden wird 2011 noch auf klassische Art und Weise verbucht. Ab 2012 kommt eine unterschiedliche Verbuchungsmethode zum Einsatz.</p> <p>Bei den Anstellungen für die Sekundarstufe II ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Insgesamt wurden 34 VZÄ geschaffen. Dieser leichte Rückgang gepaart mit der Organisation der Wahlbereiche erklären diesen Umstand ebenfalls. Für die Sekundarstufe II und die Handelsschulen wird für das nächste Jahr der Status quo im Personalbereich angekündigt.</p>		
5. Personal		
Es gibt immer einen Unterschied zwischen dem Personalbestand per 31. Dezember und dem effektiven Personalbestand im Verlaufe des Schuljahres.		
6. Zusätzliche Informationen		
-		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

1. Prioritäre Massnahmen

Keine Bemerkungen

2. Indikatoren

Keine Bemerkungen

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Überlastung der OS-Lehrpersonen, die eine Ausbildung an der PH absolvieren müssen

J-F Lovey: Das Dossier für die Anerkennung dieser Ausbildung wurde beim Bund eingereicht. Unsere Vertreter werden auf die Frage aufmerksam gemacht, aber es kann keine grossen Änderungen

geben, da das Anerkennungsverfahren im Gang ist (normalerweise für Herbst 2012 vorgesehen). Diese Anerkennung sollte ohne grössere Probleme erlangt werden können.

Dienststelle für Kultur

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
1. Politische Ziele und Teilziele		
<p>Wie hoch ist das Budget des Kantons Wallis für den Kauf von Gemälden?</p> <p>Das Kunstmuseum verfügt über ein Budget für den Kauf von Mustersammlungen (rund 40'000.-/Jahr) und über ein anderes Budget für die Förderung und die Unterstützung von «Nachwuchskünstlern» (kantonaler Fonds für Dekoration von rund 20'000.-/Jahr). Im Jahre 2011 wurde dieser Betrag mit rund 70'000.- für LabelArt überstiegen. Punktuell, wenn ein Kunstwerk wirklich gewünscht ist, sind Partnerschaften möglich (LoRo, Stadt Sitten und Staatsratsentscheid).</p>		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p>Allgemeine Bemerkungen: Die Arbeit im Bereich der Kultur besteht namentlich darin, Netzwerke zu schaffen. Schaffung der Kulturplattform Wallis zur Unterstützung und Bekanntmachung der Künstler.</p> <p>Was den Verpflichtungskredit für die Zeughäuser anbelangt, so ist das Ziel dank der Zustimmung durch den Grossen Rat erreicht.</p> <p>Infolge einer Abnahme der Bestände zahlreicher religiöser Gemeinschaften konnten mehrere Kulturfonds unterstützt werden.</p> <p>Zugänglichkeit: Den Kantonsmuseen wurde der Preis «canne blanche» verliehen (Auszeichnung für besondere Aktionen zugunsten der Sehbehinderten).</p> <p>Bedeutende interkantonale Zusammenarbeiten werden ebenfalls auf die Beine gestellt (Unterstützung des Filmschaffens mittels einer Stiftung, Westschweizer Theater, usw.)</p> <p>Die Ausarbeitung des Konzepts zur Unterstützung der bildenden Kunst hat sich etwas verzögert.</p> <p>«Scènes valaisannes»: Müssen die beiden unbedingt miteinander verbunden werden, will man aufzwingen oder vorschlagen?</p> <p>Es gibt zwei Wege, um die Hilfe von «Kulturfunken» zu erhalten: Schulprojekte kultureller Natur, nicht unbedingt Walliser Künstler, es kann der Besuch eines Museums ausserhalb des Wallis sein. Einzige Bedingung: Das Projekt/der Besuch muss vorbereitet, betreut und nachbearbeitet werden. Es ist nicht einfach ein Schulausflug. Künstlerproduktion: in erster Linie Walliser Künstler, denn die Kultur muss auch lokal verwurzelt sein und es braucht die Bereitschaft, mit Schulklassen Projekte zu erarbeiten.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Nein	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	-	

Allgemeine Bemerkungen:

Die Mediatheken stossen allgemein an ihre Grenzen (Indikator 5). Diese Zunahme sollte inskünftig begrenzt werden.

Rückgang der Anzahl «aktiver» Besucher (Führungen, Animationen, usw.) in den Museen, ebenfalls mit der Anzahl vorgeschlagener - namentlich temporärer - Ausstellungen verbunden.

Die benötigte Zeit für die Korrektur der Inventare wurde unterschätzt. Die Frage der Archive sollte Ende 2013 geklärt sein.

IND 10: Die Dienststelle hat keinen Einfluss auf diesen Indikator. Die Überlegungen betreffend ECM werden ebenfalls Auswirkungen auf die Verwaltung der Archive in den Dienststellen haben. Es handelt sich nicht um eine Verzögerung, sondern vielmehr um eine Änderung der Prioritäten (man beginnt nicht mehr mit der Archivierung, sondern mit dem ECM).

4. Finanzressourcen

Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	

Allgemeine Bemerkungen:

Das Budget wurde mit einer Abweichung von 35'000 Franken eingehalten. Es gibt interne Unterschiede. Im Bereich des Personals, ist dies namentlich auf Verzögerungen bei der Ersetzung eines Mitarbeiters zurückzuführen.

Es wurden ebenfalls gewisse Güter gekauft. Es ist allerdings schwierig, diese Anschaffungen im Voraus zu planen. In diesen Fällen werden auch zusätzliche Einnahmen gesucht.

Andere Unterschiede sind auch auf die Verbuchungsmethoden zurückzuführen.

5. Personal

Kleine Abweichung zwischen Budget und Rechnung, in erster Linie auf die Tatsache zurückzuführen, dass das Budget einen Jahresdurchschnitt vorsieht und die Rechnung den Stand am 31.12. aufzeigt.

6. Zusätzliche Informationen**Standortbestimmung betreffend 2015: Wie beteiligt sich die Dienststelle am 200-Jahr-Jubiläum?**

Ein Steuerungsausschuss wurde auf die Beine gestellt und Projekte wurden an ihn übermittelt. Es werden Überlegungen hinsichtlich einer «Jubiläumsschrift» angestellt. Zahlreiche Projekte stehen im Zusammenhang mit diesem Jubiläum: Kenntnisse über das Wallis, Forum, Schuldossier (zur Verbesserung der Kenntnisse in den Schulen ab 2013).

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

1. Prioritäre Massnahmen

Keine Bemerkungen

2. Indikatoren

Keine Bemerkungen

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Keine Bemerkungen



Grand Conseil
Commission de l'économie et de l'énergie

Grosser Rat
Kommission für Volkswirtschaft und Energie

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte der thematischen Kommission für Volkswirtschaft und Energie (VE) zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2011

**Verwaltungs- und Rechtsdienst des DVER
Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung
Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit
Dienststelle für Energie und Wasserkraft**

Die Kommission VE ist am Montag, 16. April 2012, von 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr im Konferenzraum 5 des «Espace Porte de Conthey» in Sitten zusammengetreten.

Kommission VE:

Mitglieder	Vertreten von	16.04.2012
Clausen Diego (Präsident)		X
Bressoud François (Vizepräsident)		X
Delessert Frédéric (Berichterstatter)		X
Andenmatten Anton		X
Arnold Fredy		X
Briguet Bernard		X
Centelleghe Moreno		X
Gaillard Joël	Michaud Patrice	X
Massy Mittaz Marie-Noëlle	Cordonier Gratien	X
Resenterra Aldo	Delasoie Marcel	X
Chappot Florian	Oberholzer Bernard	X
Rossier Jean	Bornet Yves	X
Schmid Jean-Marie		X

FIKO: Freddy Philippoz

Parlamentsdienst: Nicolas Sierro, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Vertreter des DVER:

Jean-Michel Cina, Staatsrat, Departementsvorsteher,
Murielle Evéquoz, Stellvertreterin der Verantwortlichen für das Departementscontrolling,
Martin Zurwerra, Chef des Verwaltungs- und Rechtsdienstes,
Pierre-Marie Rappaz, Delegierter für Wirtschaftsfragen,
Eric Bianco, Chef der Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung,
Ursula Kraft, Adjunktin, Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung,
Peter Kalbermatten, Chef der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit,
Oliver Ittig, Qualitätsverantwortlicher, Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit,
Moritz Steiner, Chef der Dienststelle für Energie und Wasserkraft,
Joël Fournier, Ingenieur, Dienststelle für Energie und Wasserkraft.

Verwaltungs- und Rechtsdienst des DVER

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
<p>PM 3 Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen: Die Änderung der Schwellenwerte ist am 1. Januar 2012 mit der NFA II in Kraft getreten. Mit der neuen Verordnung wurde ein System der Selbstkontrolle eingeführt. Mit der Motion Gaillard wurde eine allfällige Kündigung der interkantonalen Vereinbarung verlangt. Wie bereits im September 2011 anlässlich der Behandlung des Budgets 2012 erklärt, haben sämtliche Kantone die vom Wallis geforderte Revision der Vereinbarung im Rahmen der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren abgelehnt. Der Staatsrat hat sich jedoch nicht zu einer allfälligen Kündigung der Vereinbarung geäussert. Aus diesem Grund und unter Berücksichtigung der Motion fordert die Kommission das Departement auf, eine Kosten-Nutzen-Analyse einer allfälligen Kündigung der Vereinbarung vorzunehmen.</p> <p>Ein Teil der Forderungen der Berufsverbände wurde zwar in die Verordnung integriert, die Dienststelle weist aber darauf hin, dass die Handhabe in Sachen Zulieferungen begrenzt ist, da es in rechtlicher Hinsicht unmöglich ist, eine Mitverantwortung zu begründen.</p> <p>Die Dienststelle wird die Eignungskriterien für die Unterbreitung eines Angebots definieren. Die Wahl der Kriterien bleibt allerdings Sache des Auftraggebers. In der Verordnung sollte der Auftraggeber dazu verpflichtet werden zu kontrollieren, ob das Unternehmen die Anforderungen in Sachen Sozialbedingungen erfüllt.</p> <p>PM 4 Auflösung des Fonds zur Unterstützung der Wirtschaft: Das Departement hatte im Dezember die mögliche Schaffung eines neuen Fonds angekündigt. Das Departement ist sich der schwierigen Situation für den Tourismus und die Exportwirtschaft zwar bewusst, will aber vorläufig auf die Schaffung eines neuen Fonds verzichten. Allerdings werden die Überlegungen insbesondere im Zusammenhang mit den Begleitmassnahmen infolge der Annahme der Zweitwohnungsinitiative fortgesetzt.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	IND 2: Die Ordnungsfristen können noch immer nicht eingehalten werden.
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Nein	
Wenn ja, werden die Abweichungen	-	

erklärt?		
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	-	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
Für das Budget 2012 hatte die Kommission einen Vergleich zwischen den Personalbeständen und den Strukturen der Departementsstäbe verlangt. Das Departement erklärt, dass es für die Generalsekretariate kein besonderes Statut und in Sachen Personalbestand keine Regelung gibt. Die Ressourcen müssen über das Globalbudget des Departements finanziert werden und zwar ohne Schaffung neuer Stellen. Allerdings wurden ein Pflichtenheft und ein internes Reglement für die Generalsekretäre erstellt, um ihre Kompetenzen und ihre Beziehungen mit den Dienststellen zu definieren. Es ist keine Gesamtübersicht über die finanziellen und personellen Ressourcen der Generalsekretariate verfügbar.		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

Unterbreitung einer Kosten-Nutzen-Analyse einer allfälligen Kündigung der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen unterbreiten.

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-

Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Nein	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Teilw.	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
PM 1 Wirtschaftsentwicklungsstrategie In den Augen der Kommission ist es höchste Zeit, dass den Worten konkrete Taten folgen. Der Kommission müssen im Rahmen einer Sitzung die Strategie und die Projekte		

präsentiert werden, noch bevor das definitive Dokument dem Staatsrat unterbreitet wird.

PM 2 Schaffung des Wirtschaftsobservatoriums Die Kommission zeigt sich erstaunt darüber, dass zur Begründung der nicht realisierten Massnahme personelle Gründe angeführt werden, obwohl zahlreiche Stellen monatelang vakant waren (vgl. Erklärungen zur Rubrik 30 und zum Personal). Es wird geantwortet, dass die Dienststelle momentan die Schaffung eines Tourismusobservatoriums in Zusammenarbeit mit der HES-SO Wallis prüft und dass dieses Observatorium auf die Wirtschaft erweitert werden könnte. Die Frist und das Budget sind für das Jahr 2012 vorgesehen.

PM 3 Umsetzung des Controllings der Leistungsvereinbarungen mittels der entwickelten Methode: Da die Methode vom Departementscontrolling abhängt, kann das Departement keine Standortbestimmung vornehmen.

PM 6 Die Anreize zur Verlegung des Steuermotizils sind angesichts der wirtschaftlichen Situation und des internationalen Drucks nicht mehr angezeigt.

PM 7 GGBa: Die Resultate wurden im Rahmen der Sitzung präsentiert. Die Unterlagen werden der Kommission übermittelt.

PM 10 Zufriedenheitsumfrage: Die Umfrage befindet sich noch in Ausarbeitung. Nach Ansicht der Kommission ist diese Massnahme also nicht realisiert.

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Teilw.	
Ergänzende Bemerkungen:		
IND 1: Es wurden keine Aktionen durchgeführt, da die Strategie noch nicht bereit war (im Zusammenhang mit der PM 1).		
IND 3: Im Rahmen der Zertifizierung «Valais Excellence» konnten die Abläufe innerhalb der Dienststelle definiert und beschrieben werden.		
IND 6: Die Schlüsselemente des Geschäftsberichts des CCF, der Ende April vorliegen wird, werden der Kommission noch unterbreitet.		
IND 10: Allgemein hinterfragt die Kommission den Einsatz der personellen Ressourcen innerhalb der Dienststelle. Trotz mehrerer Vakanzen scheint es, also ob die Case Manager mehr Dossiers begleiten könnten.		
IND 11: In Sachen TeleArk kann der Departementsvorsteher nur wiederholen, was er bereits seit zwei Jahren sagt, nämlich dass die Projekte von der Basis kommen müssen. Der Staat unterstützt, kann aber keine treibende Kraft sein. Was die Unterstützung im Oberwallis anbelangt, beteiligt sich das Departement an der Finanzierung spezifischer Projekte, tatsächlich ist es aber zu keinen Ansiedlungen gekommen, da die lokalen Partner zu wenig Initiativegeist an den Tag gelegt haben.		
IND 18: Die Dienststelle muss noch Informationen bezüglich der Anzahl Arbeitsplätze und der Businesspläne liefern.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		

48: Das Departement erklärt, dass es diese Rubrik nicht budgetiere, um nicht den Anschein zu erwecken, Verlusten auf IHG-Darlehen vorzugreifen.

Die Kommission macht die FIKO auf die grossen Unterschiede (Budget/Rechnung) bei der Rubrik 48 und allgemein bei der Verwendung der Fonds aufmerksam, die darauf zurückzuführen sind, dass die Dienststelle keine Entnahmen aus Spezialfinanzierungen budgetiert.

5. Personal

Bemerkungen: Die hohe Personalfluktuationsrate innerhalb dieser Dienststelle lässt die Kommission aufhorchen. Zudem stellt sich ganz allgemein die Frage der Ressourcenverwendung.

6. Zusätzliche Informationen

Bemerkungen: Die Kommission wünscht genauere Informationen zu den NRP-Darlehen. Es ist beispielsweise schwierig zu erahnen, was sich hinter den Rubriken 522, 524, 525 und 526 der P1201, P1202 und P1203 verbirgt, da die Bezeichnung jeweils identisch ist.

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

Haben die versprochenen Informationssitzungen (Strategie und Aktionen [PM 1] und Investitionen des CCF) stattgefunden?

Wie sieht die Politik in Sachen Budgetierung der Fondsentnahmen aus (Rubrik 48)?

Wurde der Informationsgehalt der zusätzlichen Informationen verbessert?

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Die Rechnung 2011 stützt sich auf die alte Leistungsstruktur der Dienststelle, die mit dem Budget 2012 überarbeitet wurde.		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Nein	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?		
Ergänzende Bemerkungen:		
PZ 2		
PM 2 Anpassung der RAV: Seit dem 1. Januar 2012 gehören die RAV-Mitarbeitenden zum		

Kantonspersonal. Für die Dienststelle gilt es nun, beim bedarfsgerechten Einsatz der Ressourcen Flexibilität an den Tag zu legen. Die meisten Anmeldungen werden mittlerweile in den RAV gemacht. Lediglich die Gemeinden Chermignon und Lens haben diese Aufgabe beibehalten.

PM 3 Der Beschäftigungsgipfel war ein punktueller Anlass. Im Anschluss an diesen Anlass hat der Staatsrat drei Schwerpunkte festgelegt: Entwicklung eines Kurzarbeitsmodells für die KMU, verstärkter Einsatz zu Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (Schaffung eines Übergangsobservatoriums) und Revision der Schwellenwerte im öffentlichen Beschaffungswesen.

PM 4 Kurzarbeitsmodell: Das Modell existiert und wurde vom Staatsrat zur Kenntnis genommen. Dieses Modell soll im Falle einer schweren Arbeitsmarktkrise, wie sie gegenwärtig glücklicherweise nicht herrscht, zum Einsatz kommen. Es stellt eine Ergänzung zur Bundesgesetzgebung dar, die vorsieht, dass die Wartefristen durch die Unternehmen gedeckt werden müssen (einschl. Soziallasten). Die kantonale Hilfe könnte unter diesen Umständen nützlich sein. Die Finanzierung der Massnahmen wird über den kantonalen Beschäftigungsfonds bewerkstelligt. Die Kosten einer solchen Massnahme können gestützt auf die Zahlen 2008-2009 auf rund 2,5 Millionen Franken für die Kurzarbeitsentschädigungen und 2,5 Millionen Franken für die Schlechtwetterentschädigungen geschätzt werden. Die Kommission möchte genauere Informationen über das Kurzarbeitsmodell.

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
PZ 1 IND 3: Die Dienststelle muss dafür sorgen, dass die Rückstände abgebaut werden können.		
PZ 2 IND 4: Die Dienststelle hat keine Zahlen betreffend die Übertragung der Ausgesteuerten auf die anderen Sozialversicherungen (in der Zuständigkeit der Dienststelle für Sozialwesen), Allerdings hat die Dienststelle eine deutliche Zunahme der Anzahl ausgesteuerter Arbeitsloser (600 pro Jahr) festgestellt.		
PZ 2 IND 6: Die höhere Wiederanmeldungsquote im Wallis erklärt sich grösstenteils durch die saisonale Arbeitslosigkeit.		
PZ 2 IND 8: Die elektronische Plattform, die eine einfachere und raschere Gesuchstellung für einen ausländischen Arbeiter ermöglicht, wird von den Benutzern begrüsst.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
Speisung der Finanzierungsfonds: Die Dienststelle wurde von der KfV angewiesen, die Fonds bis zu einem Saldo von 5 Millionen Franken zu speisen.		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: Die Differenz von 780'000 Franken zwischen der Rechnung 2010 und der Rechnung 2011 ist darauf zurückzuführen, dass die Beträge des Casinos von Crans-Montana fälschlicherweise beim P1103 anstatt beim P1104 verrechnet wurden.		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

Präzisierungen betreffend das Kurzarbeitsmodell.

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-

Dienststelle für Energie und Wasserkraft

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Teilw.	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen:		
<p>PM 1 Gewässersanierung: Die Fristen werden nicht eingehalten. Die Umweltschutzverbände und der Kanton finden keinen gemeinsamen Nenner und die Entscheide werden vor Gericht angefochten. Während der Kanton die Einbussen aufgrund der Erhöhung der Restwassermengen auf maximal 1 bis 2% schätzt, gehen die Verbände von 5% aus. Ein Kommissionsmitglied wünscht ausführliche Informationen zum Fortschritt der einzelnen Projekte.</p> <p>PM 2 Stufen sowie Pump- und Turbinier-Projekte: Die im Rahmen der Rechnung 2010 aufgeworfenen grundlegenden Probleme (Bekämpfung der Schwankung des Wasserspiegels, Eigentum am Pumpwasser, Flächenausgleich) sind bei Weitem noch nicht gelöst. Die Dienststelle hofft, dem Bund bis 2014 Antworten liefern zu können. Es müssen externe Mandate vergeben werden. Der Departementvorsteher möchte diese Fragen im Rahmen der bestehenden Konzessionen regeln.</p> <p>PM 3 Kantonale energiepolitische Strategie: Angesicht der Schwierigkeiten und Ungewissheiten, insbesondere aufgrund des Atomausstiegs, möchte das Departement flexibel bleiben. Es hat also ein bereichs- und schrittweises Vorgehen gewählt.</p> <p>In Sachen Wasserkraft: 1. Definition der Vision, der Strategie und des Aktionsplans. 2. Vorbereitung des Dekrets infolge der Motion Coudray/Rossier hinsichtlich der Einführung der Regelung. Das Dekret mit einer Gültigkeitsdauer von fünf Jahren sollte dem Grosse Rat im September 2012 unterbreitet werden. 3. Definition der Eigentümerstrategie (der FMV) im Zusammenhang mit der Energiestrategie des Kantons (bis Mitte Juni 2013). 4. Einführung der Gesetzgebung mit der Analyse des Wasserkraftnutzungspotenzials und dem Modell zur Heimfallberechnung bis 1. Januar 2016. 5. Definitive Wahl der Heimfallvariante.</p> <p>Im Energiebereich: 1. erneuerbare Energie und Abwärme. 2. Energieeffizienz. 3. Verteilung und Speicherung.</p> <p>Das Gas-Kombikraftwerk von Chavalon wird nach wie vor vom Staatsrat unterstützt. Das Projekt müsste zu</p>		

einem nationalen Projekt werden. Was die CO₂-Kompensation anbelangt, scheint sich eine Kompensation zur Hälfte in der Schweiz und zur Hälfte durch den Kauf von handelbaren Zertifikaten abzuzeichnen.

Einzigste Verteilungsgesellschaft: Es wurde eine Betriebsgesellschaft unter der Leitung der FMV geschaffen und zwar ohne Eigentumsübertragung. Es fehlen die Abschnitte Chamoson-Chippis (vorgesehen für 2015) und St. Tryphon-Goms (vorgesehen für 2020). Angesichts der Einsprachen der Umweltverbände könnte es allerdings zu Verzögerungen kommen.

Konzessionsheimfall: Angesichts der Begehrlichkeiten auf Bundesebene müssen zwei Stossrichtungen ins Auge gefasst werden: 1. Innerkantonale Lösung unter Vermeidung von Streitigkeiten. 2. Verstärktes Lobbying der Kantone in Bern.

PM 4 Gebäudekontrollen: Die Dienststelle hat viele Vormeinungen abgegeben, aber nur wenige Kontrollen vor Ort durchgeführt. Insgesamt gibt sie der Isolation der Neubauten gute Noten. Einfamilienhäuser müssen nicht mehr kontrolliert werden, da die Gebäudehüllen die Normen der Baureglemente erfüllen.

PM 6 «Dienststellenübergreifende» Energiepolitik (im Zusammenhang mit dem Indikator 11): Diese Massnahme ist zwar eine Regierungspriorität (IMP 2012-2015), die Dienststelle ist aber der Meinung, dass sie nicht dringlich ist und die begrenzten Mittel für andere Aufgaben eingesetzt werden müssen. Die Problematik in Sachen Verwaltung der transversalen Politikbereiche mit den Leistungsaufträgen ist nicht gelöst und es gibt keine konkreten Realisierungen zu verzeichnen. Die Frage wird an das Regierungscontrolling zurückgewiesen.

PM 7 Abwärmenutzung: Das Projekt ist in Verzug geraten. 2012 müssen Massnahmen vorgeschlagen werden. Dies muss für das Budget 2013 überdacht werden.

PM 8 Energetische Förderprogramme: Der Kanton stellt 6,5 Millionen Franken zur Verfügung. Die Kommission wird detaillierte Informationen zu den einzelnen Bereichen erhalten.

Was die thermische Solarenergie und die Weiterverfolgung des PDCB-Postulats anbelangt, fasst die Dienststelle eine Subventionierungsmöglichkeit für Gebäude mit mehr als fünf Wohnungen ins Auge.

3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
<u>Ergänzende Bemerkungen:</u>		
IND 4: Stand der Erarbeitung einer kantonalen energiepolitischen Strategie: Beim Erreichungsgrad (90%) war die Dienststelle nach Ansicht der Kommission zu optimistisch. Der Stand und die Gründe für die Verzögerung werden nachstehend erläutert.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
5. Personal		
<u>Bemerkungen:</u> Es ist nach wie vor schwierig – und das gilt für alle Leistungsaufträge – einen Vergleich zwischen dem Budget und der Rechnung anzustellen. Man erhält den Eindruck, als ob die Dienststelle nicht ihr gesamtes Potenzial nutzen würde. Die Differenz bei der Rubrik 30 erklärt sich durch eine Anstellung im Laufe des Jahres (das Budget wird für das gesamte Jahr erstellt).		

6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

-

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

-



Grand Conseil
Commission de l'équipement et des transports

Grosser Rat
Kommission für Bau und Verkehr

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Controllingberichte zu den politischen Leistungsaufträgen der Rechnung 2011

**Verwaltungs- und Rechtsdienst
Amt für Nationalstrassenbau
Dienststelle für Verkehrsfragen
Dienststelle für Strassen- und Flussbau
Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie**

Datum: 19.04.2012

Ort: 10.30 Uhr: Konferenzraum 2, Espace Porte de Conthey, 13.30 Uhr: Konferenzraum 509,
Gebäude Mutua, rue des Creusets, Sitten

Kommission BV

Mitglieder	Vertreten von	19.04.2012
STEINER Alwin (Präsident)		X
ROSSI Mario (Vizepräsident)		
BUTTET Jérôme		X
CLAIVAZ Christophe		
DISERENS Brigitte	NANTERMOD Philippe (Berichterstatter)	
DUSSEX Grégoire		
LEVRAND Marie-Anne		
MAYE-Favre Emmanuelle		
MICHAUD Patrice		
SCHNYDER Reinhold		
SCHYDRIG Georges		
VARONE Gérald		
ZURBRIGGEN Hans		

FIKO: Alex Schwestermann

Verwaltungs- und Rechtsdienst

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p>Ergänzende Bemerkungen:</p> <p><i>PZ 1 ad2 4: Wie ist Dienststelle in das Projekt R3 involviert?</i> Sämtliche Einsprachen werden durch diese Dienststelle behandelt. Sie hat also eine Schlüsselrolle inne.</p> <p><i>PZ 2 ad1 1 und 2: Wurden wirklich alle Gemeinden informiert?</i> Antwort bei Indikator 5. Ziel: regelmässigen Kontakt mit mindestens 50% der Gemeinden pflegen. Es wird ein zweijähriger Turnus eingeführt, um die Gemeinden zu informieren und zu kontaktieren. 2011 wurden Treffen auf Bezirksebene organisiert. Diese Kontakte waren relativ regelmässig. Diese Treffen auf Bezirksebene werden 2013 noch intensiviert werden. Für 2011 wurden Schritte unternommen, um Kontakte nicht nur via die Dossiers, sondern auch direkt mit den Gemeindevertretern, den Präfekten, den Architekturkreisen usw. zu unterhalten.</p> <p><i>PZ 2 ad4 3: Welche grossen Änderungen sind für dieses Gesetz vorgesehen?</i> Das Gesetz sieht eine grundlegende Änderung der Arbeitsweise der Behörden vor. Ursprünglich war eine erste Lesung noch dieses Jahr ins Auge gefasst worden, aber angesichts der Probleme auf Bundesebene wird diese Gesetzesrevision erst in der kommenden Legislaturperiode in Kraft treten können. Die Struktur der Kantonalen Baukommission wird komplett überarbeitet. Die Gemeinden werden den gesamten Prozess selber verwalten. Das kantonales Bausekretariat wird nicht mehr die Rolle des Verteilers der Projektelemente an die verschiedenen Dienststellen spielen. Aufgrund einer klaren Aufgabenteilung und einer präzisen Checkliste werden sich die Gemeinden direkt an die Dienststellen wenden müssen und werden die Vormeinungen direkt zurückerhalten. Sie werden direkt mit den betroffenen Behörden in Kontakt treten können. Gegenwärtig hat das kantonale Bausekretariat nicht die nötigen technischen Kompetenzen, um die komplette Koordination gewährleisten zu können. Ziel ist eine deutliche Effizienzsteigerung. Auf Bundesebene wird Druck ausgeübt, damit wir der Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe beitreten. Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates hat eine Motion hinsichtlich einer Vereinheitlichung des Baurechts in den Kantonen eingereicht. Sollte diese Vereinheitlichung nicht möglich sein, würden Vorschläge hinsichtlich einer eidgenössischen Baugesetzgebung gemacht. Sieben Kantone haben diese Vereinbarung bereits unterzeichnet. Sämtliche Nachbarkantone treten dieser Vereinbarung bei. Wenn es rund um unseren Kanton zu einer Harmonisierung im Baubereich kommt, wird sich diese Frage auch im Wallis stellen. Die geltende Vereinbarung ist nicht klar und wirft Probleme auf. Auf Bundesebene wird momentan ein Entwurf erarbeitet.</p> <p><i>PZ 2 ad4 4: Gibt es bereits Resultate betreffend das Programm zur statistischen Auswertung?</i> Es gibt bereits Auszüge statistischer Daten. Man kann Statistiken für eine bestimmte Periode erhalten. Es sind nun Vergleiche mit den übrigen Jahren aufgeschlüsselt nach Zuständigkeit, Region, Dossierart usw.</p>		

möglich. Dank der Internetsite kann sich der Gesuchsteller über den genauen Stand des Dossiers informieren. Allerdings dürfen gemäss GIDA (Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und die Archivierung) keine Informationen über die Vormeinungen veröffentlicht werden.		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: <i>PZ 2 ad2 3: Sollte hier nicht eher ein Dreieck gesetzt werden? Warum muss 30 Tage gewartet werden? Muss der Entscheid durch eine andere Behörde gutgeheissen werden?</i> Dieser Unterschied erklärt sich durch die Weihnachtsferien, die das Verfahren verlangsamen. 3'475 Dossiers werden durch 8 Personen behandelt, wobei es eigentlich nur um die Notifikation dieser Dossiers geht.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: <i>Die einzige Dienststelle, die eine Zunahme bei den Angestellten mit unbefristetem Arbeitsverhältnis ausweist. Wie lässt sich das erklären?</i> Die Stellenaufteilung wird departementsintern geregelt und diese Vorgehensweise scheint effizienter zu sein.		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

1. Prioritäre Massnahmen

2. Indikatoren

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Die Rechnung wird von den anwesenden Mitgliedern einstimmig angenommen.

Amt für Nationalstrassenbau

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Nein	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
<p>Ergänzende Bemerkungen:</p> <p><i>PZ 1 ad1 1: Ist Ende 2019 angesichts des Arbeitsfortschritts überhaupt realistisch? Der Staatsrat sollte vielleicht umdenken, da die Arbeiten regelmässig erneuert werden müssen.</i></p> <p>Die präsentierte Situation betrifft lediglich die Rechnung 2011. Die Probleme im Zusammenhang mit dem Projekt Pfywald haben gezeigt, dass das generelle Projekt in der vorliegenden Form keine Aussicht auf Annahme durch das UVEK hätte. Das generelle Projekt muss also überarbeitet und in einer neuen Form in Bern eingereicht werden. Zwischen 2000 und 2009 wurden rund zehn Arbeitsjahre geleistet. Diese Arbeit ist nicht verloren. Allerdings war die Koordination zwischen den verschiedenen Autobahnabschnitten mangelhaft. Die verschiedenen Puzzleteile werden nun zusammengefügt, um dem Bund ein generelles Projekt unterbreiten zu können. Um Zeit zu gewinnen, muss gleichzeitig ein definitives Projekt erarbeitet werden. Heute kann nicht gesagt werden, ob die Autobahn am 31.12.2019 eröffnet werden kann. Es wird noch vor dem Sommer informiert werden.</p> <p>Falls der Tunnel bei Gampel nicht fertiggestellt sein sollte, wäre es vorstellbar, dass die beiden Anschlüsse nicht von der Autobahn bedient werden. Andere Abschnitte werden vor 2019 eröffnet.</p> <p>Beim Tunnel Visp gibt es ein Vergabeproblem. Eine Beschwerde verzögert den Arbeitsbeginn. Es ist noch zu früh, um über eine allfällige Verlängerung der Fristen zu sprechen. Momentan wird der Fahrplan – abgesehen von der Frage der Einsparungen – eingehalten.</p> <p><i>PZ 1 ad1 5: Anstelle des Dreiecks sollte ein Kreis gesetzt werden.</i></p> <p><i>Energie und Autobahn: Wie beurteilt das Departement die Frage der Höchstspannungsleitung? Gibt es eine Koordination mit dem Departement Cina?</i></p> <p>Diese Fragen wurden immer getrennt betrachtet. Wir können lediglich den nötigen Platz frei lassen, damit nicht anderswo gegraben werden muss, falls es morgen oder übermorgen zu einer Erdverlegung kommen sollte. Kurzfristig wird diese Frage nicht erörtert.</p>		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Nein	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?		
Ergänzende Bemerkungen: -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	

Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: <i>50: -29 Millionen Franken: Führen der Bund und der Kanton diesbezügliche Gespräche?</i> Anlässlich der Erarbeitung des Budgets lagen die genauen Schätzungen des ASTRA noch nicht vor. Das ASTRA hat sein Budget nach uns revidiert und es entsprach nicht mehr dem, was der Kanton vorgesehen hatte. Der Kanton hat immer etwas Vorsprung auf das Budget des ASTRA.		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: <i>Warum hat Herr Jagger seine Stelle gekündigt? Es ist schwierig, diese Stelle neu zu besetzen: Was gedenkt der Staatsrat zu unternehmen, um diese Frage zu regeln? Haben diese 12 Stellen die Arbeiten verzögert?</i> <i>Diese Art der Präsentation der Stellen per 31. Dezember ist nicht sehr aussagekräftig. Vielleicht sollten eher die Arbeitstage ausgewiesen werden.</i> Die Arbeiten kommen vorn. Wir greifen auf die Ressourcen des Arbeitsmarktes zurück. Das Fehlen dieser Mitarbeiter macht die Aufgabe des Amtes nicht gerade einfacher. Es ist äusserst schwierig, geeignete Mitarbeiter zu finden. <i>Ende Jahr sind 8,5 Stellen vakant. Dieser Personalmangel war sicher schwer zu verdauen.</i> Die Stellen wurden zwar ausgeschrieben, aber es konnten keine Ingenieure gefunden werden. Der Arbeitsmarkt ist ausgetrocknet. Wir befinden uns noch in der Aufbauphase und es können nicht alle Stellen ausgeschrieben werden.		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

1. Prioritäre Massnahmen

2. Indikatoren

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Die Kommission nimmt die Rechnung einstimmig an.

Dienststelle für Verkehrsfragen

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

<i>Elemente</i>		<i>Kommentare</i>
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: <i>PZ 1 ad1 1: Brig – Lausanne: Wann wird die Vereinbarung unterzeichnet?</i> Die Unterzeichnung ist für den späteren Vormittag des 14. Mai vorgesehen. <i>PZ 2 ad1 2: Sind das bereits Resultate oder lediglich Tendenzen? (Lötschbergkomitee)</i> In der deutschen Fassung steht «Vizepräsidium». In Tat und Wahrheit ist es aber das Co-Präsidium (wie in der französischen Fassung). Zunächst musste dieses Komitee konstituiert und strukturiert werden. Der Vorstand hat einen äusserst effizienten Geschäftsführer ernannt. Seit 2011 wird auf Kantonsebene (Politiker und Unternehmer) ein starkes Lobbying betrieben. Anlässlich der unlängst durchgeführten GV konnte eine deutliche Zunahme der Anzahl Mitglieder verzeichnet werden: 300 Körperschaften, die Zahl der Einzelmitglieder ist doppelt so hoch als erwartet, neun Kantone sind Mitglieder, drei zögern noch. Ziel: Beschaffung der nötigen Kredite zur Durchführung der Studien, die es erlauben würden, die Arbeiten ab 2018 in Angriff zu nehmen. Ursprünglich wollte man keine Gelder mehr in den Lötschberg investiert, solange der Gotthard nicht fertiggestellt ist (geplante Eröffnung im Jahr 2017). In Bern fragt man sich nun, wann der Gotthard-Strassentunnel zwecks Sanierung geschlossen wird. Die vier betroffenen Kantone (UR, TI, GR, VS) haben sich an einen Tisch gesetzt und wir haben glaubwürdige Alternativen und ein sehr kohärentes System vorgeschlagen, falls es zu einer Verschiebung über die Jahre 2023 / 2025 hinaus kommen sollte, was der Eröffnung des Lötschbergs entsprechen könnte. Zahlreiche Argumente sprechen die für den Lötschberg und den Simplon und wir haben ehrgeizige Pläne. Auf der italienischen Seite lässt die Simplonstrecke zu wünschen übrig, da unsere italienischen Freunde den Unterhalt etwas vernachlässigen. Die Schweiz und die SBB mussten die Leitung der Sanierungen auf italienischem Boden übernehmen.		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Nein	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	-	
Ergänzende Bemerkungen: -		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Nein	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	-	

Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: -		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

1. Prioritäre Massnahmen

2. Indikatoren

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

In Sachen Tarifverbund gibt es Probleme im Zusammenhang mit der Topographie und der Demographie. Gemäss Studie ist die Schaffung eines Tarifverbunds von der Grösse einer Agglomeration nicht realistisch. Der Tarifverbund muss zumindest auf Stufe einer Makro-Region, also einer verfassungsmässigen Region, geschaffen werden. Allerdings stellt sich die Frage der Finanzierung, da die Mehrkosten rund 3 Millionen Franken, also 1 Million Franken pro Region, betragen. Wer soll zahlen?

Dies scheint momentan nicht ins Budget integriert werden zu können. Keine Region kann eine solche Infrastruktur ins Auge fassen, mit Ausnahme der Region Siders-Sitten. Es werden nun Überlegungen hinsichtlich eines schrittweisen Vorgehens mit der Einführung von Abo-Tarifverbunden über einen Zeitraum von 5 bis 7 Jahren angestellt. Ziel: Schaffung eines Abo-Tarifverbunds. Es wird ein Abo für das gesamte Wallis geben, das sich in erster Linie an Schüler und Junge richtet.

Die Aktion Rail Check ist ein voller Erfolg für den öffentlichen Verkehr. Der Staatsrat sieht ein schrittweises Vorgehen mit einer ersten Etappe in den Jahren 2016-2017 vor. Ein umfassender Tarifverbund könnte in einem weiteren Schritt realisiert werden.

Im Oberwallis wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus den betroffenen Akteuren gebildet und mit der Detailprüfung dieses Projekts betraut. Das Oberwallis ist allerdings zu klein für einen Tarifverbund. Selbst mit genügend Mitteln würde ein Tarifverbund momentan für das Oberwallis keinen Sinn machen. Die Lösung besteht in einem etappenweisen Vorgehen für den gesamten Kanton. Eine andere Lösung wäre die Einführung eines kantonalen GA.

Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen die Rechnung einstimmig an.

Dienststelle für Strassen- und Flussbau

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
1. Politische Ziele und Teilziele		
<p>Bemerkungen:</p> <p><i>Frage zur Gefahrenkarte Sie definiert das aktuelle Gefahrenpotenzial der Rhone. Wann wird diese Gefahrenkarte angesichts der Rhonekorrektur überholt sein? Der Kanton muss einen Plan zur Anpassung der Gefahrenkarte aufgrund der Arbeiten erstellen. Es wäre widersinnig, die Rhone zu korrigieren, ohne die Gefahrenkarte anzupassen.</i></p> <p>Das Timing hängt auch von den Partnern, also den Gemeinden, ab. Es sind Einsprachen eingegangen. Fast täglich finden Treffen zwischen der Arbeitsgruppe des Departements und den Gemeinden statt, um das Dossier voranzutreiben. Wir beeilen uns, aber solange Einsprachen behandelt werden müssen, sind wir nicht am Ziel. Sobald die prioritären Massnahmen abgeschlossen sind, sollte die Gefahr gebannt sein. Die Pläne werden entsprechend angepasst und die roten Zonen werden verschwinden. Das Auflageverfahren ist identisch mit jenem, das die Gemeinden für die Hochwasser und die Wasserläufe befolgen. Die Gemeinden legen ihre Gefahrenkarten öffentlich auf. Jedes Projekt bedingt die Anpassung der Gefahrenkarte. Nach Abschluss der Arbeiten wird die Gemeinde eine neue Gefahrenkarte auflegen.</p> <p><i>Der Staatsrat muss das Postulat prioritär behandeln, um das Projekt R3 voranzutreiben. Wie ist der Stand der Dinge?</i></p> <p>Danke für die Bestätigung, dass die Validierung des GP-R3 dringend ist. Mit den vier vom Präsidenten unterstrichenen Punkten befinden wir uns genau in der Situation, die wir eigentlich vermeiden wollten. Die Expertise ist abgeschlossen. Alle Gemeinden, mit denen der Staat Kontakt hatte, sowie die von dieser Expertise betroffenen Gemeinden wurden befragt, um für ihr jeweiliges Gemeindegebiet die Variante zu wählen, die ihren Erwartungen und den Resultaten der Expertise am besten entspricht. Vor diesem Hintergrund soll das GP-R3 hinsichtlich einer Validierung noch vor Ende Jahr vorangetrieben werden. Ein Zwischenproblem stellt das Richtplanblatt dar, das vom Grossen Rat angenommen werden muss. Die Arbeitsgruppe R3 arbeitet mit Hochdruck an diesem Dossier, um möglichst schnell voranzukommen. Anlässlich einer nächsten Sitzung wird der Kommission ein Statusbericht unterbreitet werden.</p> <p>Die Forderung nach einer Expertise hat uns fast zwei Jahre gekostet. Die Zeit der Expertisen ist nun endgültig vorbei. Im Rahmen dieser Expertise haben sich drei Experten zu den aufgeworfenen Fragen geäußert. Es ist nun höchste Zeit, die Bauarbeiten in Angriff zu nehmen.</p> <p><i>Prioritäre Massnahme 1, ad2, Nr. 8: Ist die auf den 31. Dezember 2012 festgelegte Frist realistisch?</i></p> <p>Nein, diese Frist ist nicht realistisch. Der Bund hat noch nicht entschieden. Es gibt einen ersten Entscheid betreffend die Integrierung der betreffenden Kantonsstrassen in die eidgenössischen Basis- und Ergänzungsnetze und betreffend die Integrierung der Zufahrtsstrassen Leukerbad, Vissoie, Crans-Montana und Verbier in das schweizerische Hauptstrassennetz. Der oben erwähnte Entscheid betrifft lediglich die Nationalstrassen, nicht aber die Hauptstrassen.</p> <p>Mit dem Wegfall der Zufahrten zum Lötschberg und Grossen Sankt Bernhard werden wir beträchtliche Subventionen verlieren, was eine Erhöhung der Unterhaltskosten für diese Strassen zur Folge haben wird. Gleichzeitig wird es aber noch dauern, bis wir im Rahmen der Integrierung der vier oben erwähnten Strassen ins schweizerische Hauptstrassennetz ein paar Strassenkilometer zurückgewinnen. Der Staatsrat will, dass dieses Problem bis 2013 - 2014 geregelt ist.</p>		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Nein	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	

Ergänzende Bemerkungen: -		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Nein	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	-	
<p>Ergänzende Bemerkungen:</p> <p><i>PZ 1 ad1 2: Entweder man erhöht das Budget oder man ändert die Ziele. Die budgetierten Investitionen werden nicht getätigt. Vielleicht sollte man die Investitionsbudgets kürzen und dafür das Unterhaltsbudget erhöhen.</i></p> <p>Was man Unterhalt der Kunstbauten nennt sind in Tat und Wahrheit die nötigen Investitionen zur Gewährleistung der Substanz und der Funktionalität. Der ausgewiesene Indikator entspricht der Realität. Dieses Jahr schliessen wir einen kompletten Inspektionszyklus ab, der es uns erlauben wird, eine Standortbestimmung betreffend diesen Indikator von 3% vorzunehmen. Es hat sich gezeigt, dass der Prozentsatz an Kunstbauten in mangelhaftem oder schlechtem Zustand effektiv bei 6 bis 8% liegt. Schäden an der eigentlichen Struktur der Kunstbauten sind besonders besorgniserregend, aber auch die Schäden an den Ausrüstungen (Leitplanken, Verbindungsstellen usw.) dürfen nicht unterschätzt werden. Hinsichtlich des nächsten Budgets schlägt die Dienststelle vor, diesen Indikator zu teilen, um zwischen den Kunstbauten in mangelhaftem Zustand und jenen in schlechtem Zustand zu unterscheiden.</p> <p>Was die Übertragung der finanziellen Mittel von den Investitionen auf den Unterhalt anbelangt, so kann diese nur schwerlich im Laufe des Jahres vorgenommen werden.</p>		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
<p>Ergänzende Bemerkungen:</p> <p><i>Posten 36: Der Kanton leistet keine Beiträge für Deponien im Zusammenhang mit den Wasserläufen. Wird es Änderungen geben oder bleibt alles beim Alten? Im Juni wird es Antworten auf diese Frage geben.</i></p> <p>Diese Problematik wurde bereits verschiedentlich angesprochen. Departements- und dienststellenintern wurde ein Richtplanblatt betreffend die diesbezügliche Politik des Staates in die Vernehmlassung geschickt. Dieses Richtplanblatt hält die momentane Regelung auf Ebene der Koordination fest. Es enthält zahlreiche Standorte, von denen einige schon in Betrieb sind.</p> <p>Gegenwärtig wird ein Bericht erarbeitet, der dem Staatsrat im Juni unterbreitet wird.</p>		
5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen:		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

1. Prioritäre Massnahmen

2. Indikatoren

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Einige Arbeiten konnten – insbesondere im Zusammenhang mit verspäteten Auflagen – nicht ausgeführt werden. Bei derartigen Beträgen ist die präzise Budgetierung über eine Dauer von zwölf Monaten kein leichtes Unterfangen. Die buchhalterische Genauigkeit und die Budgetdisziplin muss hervorgehoben werden.

Die Dienststelle hat auch keine Mühen gescheut und den Kommissionsmitgliedern die Liste der im Jahr 2011 laufenden Arbeiten geliefert.

Lärmschutzmassnahmen

Die Umsetzung des Projekts ist in technischer Hinsicht alles andere als einfach. Zuerst kommt die Auflage gefolgt von Gesprächen mit den Eigentümern. Vielleicht waren wir bei der Festlegung des Programms zu optimistisch. Das Verfahren hat sich nun auf allen Ebenen eingespielt, was sich auch in einem deutlich höheren Arbeitsrhythmus äussern dürfte.

Die Kommission spricht sich für Eintreten aus. Die Rechnung wird einstimmig angenommen.

Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie

I. Analyse der Rechnung (Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag)

Elemente		Kommentare
1. Politische Ziele und Teilziele		
Eventuelle Bemerkungen: -		
2. Prioritäre Massnahmen		
Steht die Realisierung der prioritären Massnahmen im Einklang mit der Planung?	Ja	
Wird der Umsetzungsstand der prioritären Massnahmen ausreichend erläutert?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: <i>Massnahme 1, ad2, 11: Ist der Zeitplan realistisch?</i> Ja, die Turnhalle kann wie geplant eröffnet werden.		
3. Leistungsindikatoren		
Gibt es Leistungsindikatoren, bei denen der Erreichungsgrad nicht der Planung entspricht?	Ja	
Wenn ja, sind die Begründungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: <i>PZ 1, ad3, 4: Wieso nimmt der Wert des Immobilienparks ab?</i> Die Indikatoren 3 und 4 müssen gemeinsam betrachtet werden, sie sagen mehr oder weniger das Gleiche aus. Jedes Jahr kommt es zu Käufen oder Verkäufen von Gebäuden, die dazu führen, dass gewisse Gebäude nicht mehr zum Verwaltungsvermögen des Staates gezählt werden, wie dies beispielsweise für die Bauten der Nationalstrassen der Fall ist. Diese Gebäude erscheinen nicht mehr in der Rechnung. Die Gebäudekäufe oder -verkäufe machen es auch schwierig, einen zuverlässigen und absoluten Indikator festzulegen. Beim Neuwert des Gebäudeparks ist dies schon einfacher. Der Neuwert beträgt rund 1,1 Milliarden Franken. Dieser Indikator könnte gestrichen werden.		
4. Finanzressourcen		
Gibt es grössere Abweichungen zwischen Budget und Rechnung?	Ja	
Wenn ja, werden die Abweichungen erklärt?	Ja	
Sind die im Controllingbericht zum politischen Leistungsauftrag enthaltenen Erklärungen ausreichend?	Ja	
Ergänzende Bemerkungen: <i>38: Wie kommt es zu einem derartigen Unterschied? Können diese Bundesbeiträge nicht vorgängig aufgeteilt werden?</i> Es gab zahlreiche Überträge. Es geht hier in erster Linie um die Restbeträge. 2011 kam es auf zahlreichen Baustellen zu Verspätungen, was auch die Fakturierung verzögert hat. Der Staatsrat hat ein		

Spezialfinanzierungskonto für den Abschluss der Projekte genehmigt. Es geht in erster Linie um vier Projekte:

- Automobilkontrolle St-Maurice,
- Turnhalle Visp (Vergabebeschwerde),
- Schule für Berufsvorbereitung St-Maurice (Gemeindeprojekt),
- Mediathek Wallis Sitten (Beibehaltung der Nutzung der Mediathek). In den Budgets für das Jahr 2013 werden wir nicht über die in der Finanzplanung erhofften Finanzressourcen verfügen und die Investition muss gestaffelt werden.

Weiteres Element: Ende 2011 fasste der Staatsrat einen Entscheid betreffend die Schaffung eines Spezialfinanzierungsfonds im Zusammenhang mit den Bundesmitteln für die Berufsfachschulen. Dieser Fonds ermöglicht die Finanzierung der künftigen Investitionen im Zusammenhang mit der Berufsbildung. Gegenwärtig wird der Kauf von St. Ursula in Brig geprüft. Die Schwestern möchten das Gebäude der Handelsschule verkaufen. Der Staatsrat spricht sich unter Vorbehalt der nötigen Mittel für diesen Kauf aus. 5 Millionen Franken stehen also im Zusammenhang mit dem Berufsbildungsfonds.

5. Personal		
Eventuelle Bemerkungen: -		
6. Zusätzliche Informationen		
Bemerkungen: -		

II. Von der Dienststelle hinsichtlich des nächsten politischen Leistungsauftrags zu berücksichtigende Punkte (Budget 2013)

1. Prioritäre Massnahmen

2. Indikatoren

III. Anmerkungen und allgemeine Beurteilung des Controllingberichts zum politischen Leistungsauftrag der Dienststelle

Die Rechnung wird von den 13 anwesenden Mitgliedern einstimmig angenommen.

Der Präsident
Alwin Steiner

Der Berichterstatter
Philippe Nantermod